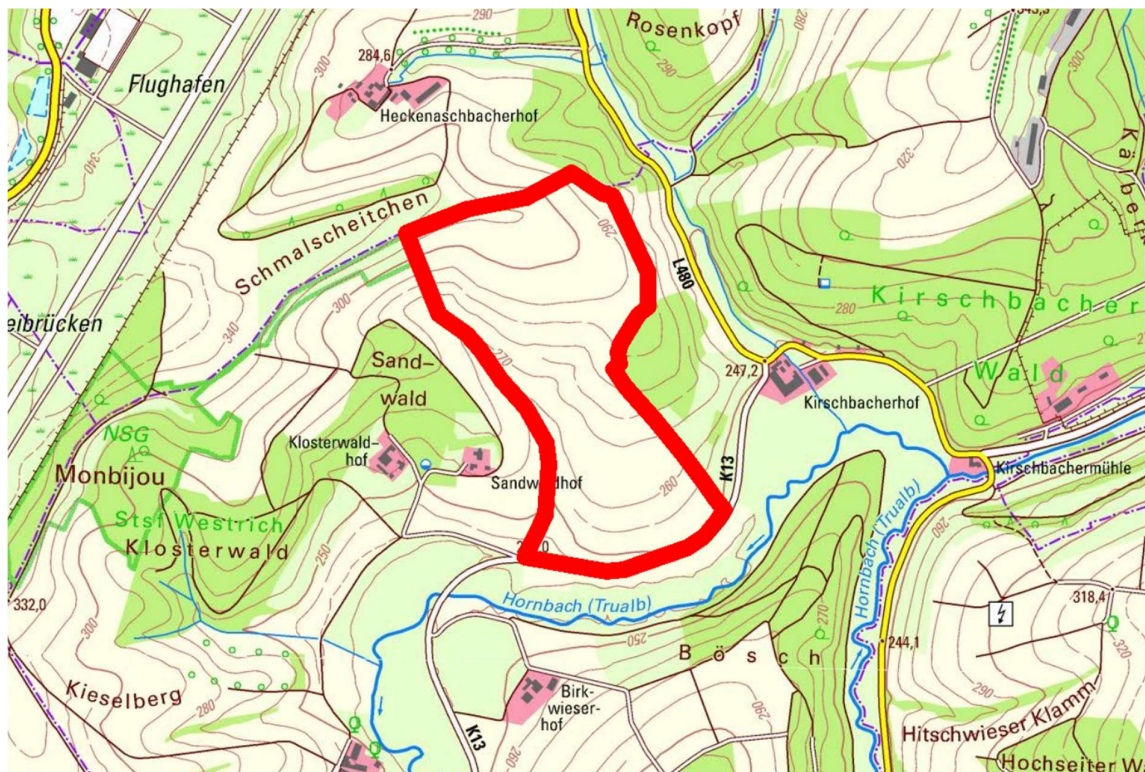


**Raumordnerischer Entscheid
über die Errichtung
einer Agri-Freiflächen-Photovoltaikanlage
der re:cap geD – Dietrichingen UG
in Dietrichingen („Dietrichingen II“)**

zum Raumordnungsverfahren gemäß §17 Landesplanungsgesetz



Kreisverwaltung Südwestpfalz – Untere Landesplanungsbehörde



AZ: VI/62/RO25-002

März 2026

Inhalt

A.	Raumordnerischer Entscheid	- 2 -
B.	Gegenstand des Raumordnungsverfahrens	- 7 -
C.	Verlauf des Verfahrens	- 8 -
D.	Zusammenfassung der Stellungnahmen	- 9 -
E.	Raumordnerische Bewertung und Abwägung	- 28 -
F.	Prüfung einer Zielabweichung	- 45 -
G.	Abschließende Bemerkungen	- 46 -

A. Raumordnerischer Entscheid

Unter Beachtung der im Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV und im Regionalen Raumordnungsplan (ROP) IV Westpfalz enthaltenen Ziele der Raumordnung und Landesplanung sowie nach Abwägung der sich aus §2 Abs.2 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. §1 Abs.4 Landesplanungsgesetz (LPIG), dem LEP IV und dem ROP Westpfalz ergebenden Grundsätze und sonstigen Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung ergeht folgender

raumordnerischer Entscheid:

Die Errichtung einer Agri-Freiflächen-Photovoltaikanlage nordöstlich der Ortslage der Ortsgemeinde Dietrichingen entspricht den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung, wenn die nachfolgenden Maßgaben und die weiteren Anregungen und Hinweise erfüllt bzw. berücksichtigt werden:

1.

Die Errichtung und der Betrieb einer Agri-Photovoltaikanlage hat dauerhaft gemäß DIN SPEC 91434 zu erfolgen. Dies ist durch entsprechende Festsetzungen im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren festzusetzen. Auf Ebene der vorbereitenden Flächennutzungsplanung ist dies bereits in der Begründung als Maßgabe für das nachgelagerte Bebauungsplanverfahren darzulegen.

2.

Die Errichtung von festen baulichen Flächenbauwerken und Bodenversiegelungen welche für den Betrieb der Agri-Photovoltaikanlage nicht unabdingbar sind, wie z.B. Batteriespeicheranlagen, ist unzulässig. Dies ist durch entsprechende Festsetzungen im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren festzusetzen. Auf Ebene der vorbereitenden Flächennutzungsplanung ist dies bereits in der Begründung als Maßgabe für das nachgelagerte Bebauungsplanverfahren darzulegen.

3.

Die Erhaltung bestehender Wegestrukturen von land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftswegen ist in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren sicherzustellen. Eine

entsprechende Freigabe durch die zuständigen Fachbehörden (Forstverwaltung , Landwirtschaftskammer) in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren zu erfolgen.

4.

Eine Verträglichkeit der geplanten Nutzungen mit dem im regionalen Raumordnungsplan dargestellten Vorranggebiet für den regionalen Biotopverbund, welches fachlich u.a. durch das FFH-Gebiet „Zweibrücker-Land“ (Objektkennung: FFH-7000-110) konkretisiert wird, ist gutachterlich in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren durch eine entsprechende Verträglichkeits(vor)prüfung nachzuweisen.

Eine Verträglichkeit der geplanten Nutzungen mit dem nachrichtlich im regionalen Raumordnungsplan dargestellten landesweiten Biotopverbund, welcher fachlich u.a. durch das Vogelschutzgebiet „Hornbach und Seitentäler“ (Objektkennung: VSG-7000-043) und das FFH-Gebiet „Zweibrückenr-Land“ (Objektkennung: FFH-7000-110) konkretisiert wird, ist gutachterlich in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren durch entsprechende Verträglichkeits(vor)prüfungen nachzuweisen.

Eine Verträglichkeit der geplanten Nutzungen mit dem nachrichtlich im regionalen Raumordnungsplan dargestellten landesweiten Biotopverbund, welcher fachlich u.a. auch durch das Naturschutzgebiet „Monbijou“ (Objektkennung: NSG-7300-021) konkretisiert wird, ist gutachterlich in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren durch entsprechende Verträglichkeits(vor)prüfungen nachzuweisen. Aus fachbehördlicher Sicht ist zur Verhinderung von betriebs- und anlagenbedingten Störungen auf die im Naturschutzgebiet vorkommende Lebensgemeinschaft ein angemessener Abstand zu belassen.

Umfang und Detaillierungsgrad sind jeweils mit der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde der Kreisverwaltung Südwestpfalz abzustimmen. Eine entsprechende Freigabe hat durch die Untere Naturschutzbehörde zu erfolgen.

5.

Im Bereich des im regionalen Raumordnungsplans dargestellten Vorbehaltsgebiets für den regionalen Biotopverbund ist der „Leitfaden für naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Solarparks“ (Hietel, E., Reichling, T. und Lenz, C., 2021) in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren, zu beachten.

6.

Im Bereich des im regionalen Raumordnungsplan dargestellten Vorbehaltsgebiets für den regionalen Biotopverbund ist die Errichtung von Zaunanlagen in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren auszuschließen. Dies ist durch entsprechende Festsetzungen im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren festzusetzen. Auf Ebene der vorbereitenden Flächennutzungsplanung ist dies bereits in der Begründung als Maßgabe für das nachgelagerte Bebauungsplanverfahren darzulegen.

7.

Zum Ausgleich der durch den geplanten Eingriff betroffenen Lebensstätten der Feldlerche und Heidelerche werden in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren vorgezogene Artenschutzmaßnahmen erforderlich. Hierfür sind auch Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Plangebiets erforderlich. Ein gewichtiger Teilausgleich hat hierbei innerhalb der nördlichen Plangebietsfläche (Vorbehaltsgebiet regionaler Biotopverbund) durch flächige zusammenhängende Aussparungen von Photovoltaik-Modulen zu erfolgen. Diese sind als flächige Grüninseln anzulegen, modulfrei zu belassen und extensiv zu bewirtschaften. Eine entsprechende Freigabe hat durch die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Südwestpfalz zu erfolgen.

8.

Zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft ohne Einschränkungen und Bewirtschaftungerschwernisse sind Sicherheitsabstände von mindestens 30 m zu den Waldbeständen im Norden und Osten erforderlich. Die Sicherheitsabstände sind im Bebauungsplan durch die Festsetzung einer entsprechenden Baugrenze zu sichern (betrifft: alle baulichen Anlagen). Auf Ebene der vorbereitenden Flächennutzungsplanung ist dies bereits in der Begründung als Maßgabe für das nachgelagerte Bebauungsplanverfahren darzulegen.

9.

Das im Plangebiet anfallende Oberflächenwasser ist gemäß den Ausführungen der SGD Süd – Obere Wasserbehörde breitflächig über die belebte Bodenzone zur Versickerung zu bringen. Für die Gestaltung von Stellplätzen und Zufahrten ist eine wasserdurchlässige Bauweise zu wählen.

In den nachgelagerten Bauleitplanverfahren ist die Thematik abschließend anhand der konkreten Vorhabenplanung mit der SGD Süd – Obere Wasserbehörde zu erörtern. Eine entsprechende Freigabe von Behördenseite zum Vorhaben ist aus wasserrechtlicher Sicht zu erteilen.

10.

Zur Vermeidung langfristiger oder irreversibler Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen, ist eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ erforderlich. Dies ist durch entsprechende Festsetzungen in nachgelagerten Bebauungsplanverfahren sicherzustellen. Auf Ebene der vorbereitenden Flächennutzungsplanung ist dies bereits in der Begründung als Maßgabe für das nachgelagerte Bebauungsplanverfahren darzulegen.

11.

Die Sicherstellung eines geordneten Rückbaus der Anlage nach Ende ihrer endgültigen Aufgabe ist durch entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan in Verbindung mit einer entsprechend hinterlegten Sicherheitsleistung zu gewährleisten. Auf Ebene der vorbereitenden Flächennutzungsplanung ist dies bereits in der Begründung als Maßgabe für das nachgelagerte Bebauungsplanverfahren darzulegen.

12.

Die von den Trägern öffentlicher Belange in Teil D des Entscheids näher dargelegten Anregungen und Hinweise sind bei der weiteren Planung zu berücksichtigen. Ebenso ist das Ergebnis der raumordnerischen Bewertung und Abwägung in Teil E des Entscheids bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.

13.

Durch den raumordnerischen Entscheid werden erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse und / oder Bewilligungen nach anderen Rechtsvorschriften nicht ersetzt.

Wird innerhalb von fünf Jahren kein Genehmigungsverfahren eingeleitet, ist der raumordnerische Entscheid von der zuständigen Landesplanungsbehörde zu überprüfen. Gegebenenfalls entscheidet sie, ob eine neue raumordnerische Prüfung durchzuführen ist.

Die im Bebauungsplan festgesetzten Abgrenzungen des Standortes sowie die endgültige Lage der Anlage nach Abschluss der Bauarbeiten sind der Oberen Landesplanungsbehörde in geeigneter Form zum Eintrag in das Raumordnungskataster (ROK 25) zu übergeben.

Hinweise:

Der gegenständliche raumordnerische Entscheid beinhaltet lediglich die Maßgaben aus dem Raumordnungsverfahren. Für die raumordnerischen Maßgaben aus der Zielabweichung wird auf den entsprechenden Bescheid über die Zielabweichung von der SGD Süd vom 28.06.2024 verwiesen. [siehe u.a. Kapitel F]

Der Abschluss einer Haftungsverzichterklärung des Betreibers mit den betroffenen Waldbesitzern wird ausdrücklich empfohlen, da in Zukunft im Zuge des Klimawandels zunehmend mit Extremwetterlagen zu rechnen ist. Dadurch werden die Waldbesitzer von Haftungsschäden durch abgebrochene Äste oder gar umstürzende Bäume freigestellt.

Die maßgeblichen Inhalte des raumordnerischen Entscheids und deren Würdigung sind in der Begründung der Bauleitpläne (Flächennutzungsplan & Bebauungsplan) hinreichend zu dokumentieren. Der gegenständliche raumordnerische Entscheid sollte den Bauleitplänen als Anlage beigelegt werden.

Selbiges gilt für die Maßgaben des Zielabweichungsbescheids.

B. Gegenstand des Raumordnungsverfahrens

Die re:cap geD – Dietrichingen PV UG plant die Errichtung einer Agri-Freiflächen-Photovoltaikanlage im Außenbereich der Ortsgemeinde Dietrichingen. Die Photovoltaikanlage soll nordöstlich der bestehenden Ortslage zwischen dem Sandwaldhof, Heckenaschbacherhof, Kirschbacherhof und Birkwieserhof auf einer Fläche von ca. 55 ha in der Gemarkung Dietrichingen errichtet werden.

Eine detaillierte Beschreibung des Vorhabens ist dem Erläuterungsbericht des Planungsbüro Jestaedt + Partner aus Mainz vom Februar 2025 zu entnehmen.

C. Verlauf des Verfahrens

Die re:cap geD Dietrichingen PV UG aus Walldorf hat mit elektronischem Schreiben vom 18.02.2025 die Einleitung eines Raumordnungsverfahrens nach §15 ROG i.V.m. §17 LPIG bei der Unteren Landesplanungsbehörde der Kreisverwaltung Südwestpfalz beantragt.

Die Untere Landesplanungsbehörde hat mit Schreiben vom 07.04.2025 das Raumordnungsverfahren mit einer schriftlichen Anhörung eingeleitet, um das Vorhaben mit anderen Fach- und Einzelplanungen von überörtlicher Bedeutung abzustimmen und die Übereinstimmung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung zu bestätigen bzw. herbeizuführen.

Am Raumordnungsverfahren wurden 23 Behörden, Gemeinden, Verbände und sonstige Stellen beteiligt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte gemäß §17 Abs.7 LPIG durch ortsübliche Bekanntmachung im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land am 17.04.2025 und im Amtsblatt der benachbarten Stadt Zweibrücken am 10.04.2025. Darüber hinaus konnten die Unterlagen im Zeitraum vom 25.04.2025 – 26.05.2025 nach vorheriger Terminabsprache in den Räumen der Kreisverwaltung und auf der Internetseite der Kreisverwaltung Südwestpfalz unter der nachfolgenden Internetadresse eingesehen werden:

<https://www.lksuedwestpfalz.de/aktuelles/bekanntmachungen/bekanntmachung/>

Die Abgabe einer Stellungnahme war bis zum 09.06.2025 möglich.

Bis zum Ende der Auslegungsfrist ging keine Stellungnahme Privater ein.

Das Benehmen der regionalen Planungsgemeinschaft wurde mit Schreiben vom 09.03.2026 hergestellt.

D. Zusammenfassung der Stellungnahmen

Die Einholung der schriftlichen Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten und der Öffentlichkeit diene dem Zweck, das Vorhaben hinsichtlich seiner Übereinstimmung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung zu überprüfen und mit anderen Fach- und Einzelplanungen abzustimmen. Die nachfolgend dargelegten Aussagen werden nur insoweit wiedergegeben, als grundsätzliche Bedenken und Anregungen geäußert wurden, welche für die raumordnerische Entscheidung von Bedeutung sind.

Die **Planungsgemeinschaft Westpfalz**, Kaiserslautern, erklärt, dass das Plangebiet gemäß RROP eine Zielbetroffenheit mit einem Vorranggebiet Landwirtschaft (RROP Z28) vorliege. Weiterhin sei das Plangebiet von einem Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus (RROP G25) überlagert. Der nördliche Teilbereich sei von einem Vorbehaltsgebiet Regionaler Biotopverbund (RROP G16) überlagert. Der südliche Teilbereich sei von einem Vorbehaltsgebiet für die Sicherung des Grundwassers (RROP G37) überlagert.

In Ihrer Stellungnahme zum gegenständlichen Raumordnungsverfahren verweist die PGW zudem auf die Inhalte des zwischenzeitlich ergangenen Zielabweichungsbescheids der SGD Süd – Obere Landesplanungsbehörde vom 30.04.2025 zum gegenständlich geplanten Vorhaben. Eine Zielabweichung vom tangierten Vorranggebiet Landwirtschaft werde dort unter Maßgaben zugelassen. Der Bescheid sei zu beachten.

Einleitend wird seitens der PGW zudem nochmals auf die einschlägigen Rechtsgrundlagen verwiesen:

- die Vollzugshinweise aus landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und naturschutzfachlicher Sicht des MKUEM und MWVLV zur Landesverordnung über Gebote für Solaranlagen auf Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten in der aktualisierten Fassung vom 07.11.2023,
- auf den Leitfaden zur Planung und Bewertung von FFPVA aus raumordnerischer Sicht in der Fassung vom 26. Januar 2024 der Obersten Landesplanungsbehörde beim Mdl (Solarleitfaden) sowie
- auf das jüngste Rundschreiben der Obersten Landesplanungsbehörde vom 31. Januar 2025 zur Inanspruchnahme von Ackerflächen durch FFPVA und zu raumordnerischen und planerischen Abwägungsbelangen.

Das Rundschreiben stelle einführend klar, dass die im LEP und RROP enthaltenen Ziele zu beachten und die jeweiligen Grundsätze im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen seien. Hierzu werde entsprechend vertiefend ausgeführt: „Zwar kommt dem überragenden

öffentlichen Interesse und der Dienlichkeit der erneuerbaren Energien in Bezug auf die öffentliche Sicherheit auch im Rahmen der planerischen Abwägung ein besonderes, gesteigertes Gewicht zu. Eine solche Abwägung muss jedoch weiterhin vorgenommen werden“. Hierzu wird seitens der PGW auf die laut Antragsunterlagen für die Umsetzung erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen im räumlich-funktionalen Umfeld des Plangebiets sowie auf den laut Verfahrensunterlagen geplanten Bau eines Umspannwerks am geplanten Netzeinspeisepunkt verwiesen.

Zudem wird seitens der PGW auf folgende regionalplanerische Prüfaspekte hingewiesen:

Vorbehaltsgebiet regionaler Biotopverbund

Gemäß Begründung / Erläuterung zum Regionalen Biotopverbund solle mit der Ausweisung des regionalen Biotopverbundsystems in Form von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten die vorhandenen wertvollen Biotopbestände gesichert als auch die vorhandenen Standortpotentiale gefährdeter Lebensräume im Hinblick auf ihre qualitative und quantitative Bedeutung für die Sicherung der Tier- und Pflanzenpopulationen entwickelt werden. Weiterhin solle insbesondere in Vorbehaltsgebieten zudem Handlungsoptionen offengehalten werden, um eine flexiblere Gestaltung des Biotopverbundes innerhalb bestehender und geplanter Nutzungen zu bewirken.

-Die Vollzugshinweise umfassten eine Reihe von natur- und landschaftsschutzfachlichen Belangen, worunter der Bau von FFPVA ausgeschlossen bzw. in der Regel nicht zulässig ist oder lediglich zu ist, sofern das Vorhaben mit dem jeweiligen Schutzzweck nicht entgegensteht bzw. die Verträglichkeit gegeben ist. Die raumordnerische Verträglichkeit mit den in den Vollzugshinweisen aufgelisteten Schutzgebieten ist hierbei, sofern noch nicht erfolgt, fachplanerisch zu prüfen und zu beurteilen. Es werde hierbei beispielhaft (nicht abschließend) auf die in den Verfahrensunterlagen benannten, untermittelbar angrenzenden Gebiete FFH-Gebiet „Zweibrücken-Land“, VSG „Hornbach-Seitentäler“ oder NSG „Monbijou“ sowie etwaige im Plangebiet liegende Biotoptypen (bspw. EE1 (Eichen-Buchenwald) und EE8 (Strauchhecke)) verwiesen.

-Weiterhin werde in den Vollzugshinweisen ausgeführt, dass zur dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere im Sinne des BNatSchG der Bau von FFPVA auf Flächen von besonderer Bedeutung für die Wanderung von wildlebenden Tieren sind, nicht gestattet werde. In diesem Kontext stelle sich die Frage hinsichtlich der Erforderlichkeit eines Zaunes entlang der südlichen Grenze des Solarparks. Eine entsprechende Prüfung und Abstimmung mit der zuständigen Fachbehörde werden angeregt.

-Laut Verfahrensunterlagen sei im Osten der Vorhabenfläche nördlich eines vorhandenen Waldstücks ein Bereich für Lagercontainer und ein Batteriespeichersystem vorgesehen. Das Batteriespeichersystem solle in Seefrachtcontainern mit einer Länge von 6 bis 12 Metern untergebracht werden. Je nach Bauart und Herstelleranforderungen seien laut Planunterlagen ggf. weitere bauliche Maßnahmen vorgesehen (z.B. Schotterflächen etc.). Gemäß den Vollzugshinweisen sei eine bodenschonende und ein möglichst effizienter und wirtschaftlicher Betrieb von FFPVA empfohlen. Im Kontext des Vorbehaltsgebietes Regionaler Biotopverbund werde aus regionalplanerischer Sicht angeregt, diesen Aspekt und etwaige damit verbundene gesonderte Auflagen unter boden-, arten- und naturschutzfachlichen Belangen zu prüfen und fachbehördlich abzustimmen.

Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus

Mit Verweis auf das o.g. Rundschreiben im Kontext der Ausführungen in den Verfahrensunterlagen, wonach es sich bei dem Projekt als eines der bundesweit größten Agri-PV-Projekte und ein Vorhaben mit überregionaler Strahlkraft handele, solle aus regionalplanerischer Sicht im weiteren Verfahrensprozess dem Belang Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus im Rahmen einer Abwägung ausreichend Rechnung getragen werden. Dies sei mitunter auch vor dem Hintergrund des geplanten Zauns entlang der südlichen Grenze des Solarparks und des gemäß Verfahrensunterlagen südlich der Vorhabenfläche verlaufenden Radrundwegs „Freizeit- und Erlebnisroute Zweibrücker Land“ entlang der K13 zu betrachten.

Vorbehaltsgebiet Sicherung des Grundwassers

Zum Schutz des Grundwassers und zur Sicherung der Wasserversorgung würden in der Region Westpfalz neben Vorranggebieten auch großräumige Vorbehaltsgebiete ausgewiesen. Eine entsprechende Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden werde empfohlen.

Ergänzende Ausführungen

-Es werde vorsorglich, unter dem Verweis auf angrenzende Vorranggebiete Landwirtschaft sowie das angrenzende Vorranggebiet Forstwirtschaft, auf das Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus sowie auf unmittelbar auf das Plangebiet weitere angrenzende Waldflächen, darauf hingewiesen, dass bestehende bzw. angrenzende Wegestrukturen für die Land- und Forstwirtschaft sowie für die naturnahe Erholung und Leitungszugänge zu erhalten seien um u.a. insbesondere auch den entsprechenden Betrieb der angrenzenden Flächen nicht einzuschränken.

-Gemäß ROP grenze das Plangebiet anteilig unmittelbar an ein Vorranggebiet Forstwirtschaft sowie anteilig an sonstige Waldflächen an. Entsprechend werde vorsorglich auf die o.g. Vollzugshinweise und die darin enthaltenen Abstandsregelungen (je nach Lage bis zu 180 m) zu Waldflächen hingewiesen. Zudem werde eine Abstimmung mit der zuständigen Fachbehörde angeregt. Durch die gemäß Vollzugshinweisen aufgenommen Abstandregelung soll einerseits ein möglichst effizienter und damit wirtschaftlicher Betrieb von FFPVA gewährleistet werden. Andererseits solle damit die Maßgabe erfüllt werden, durch eine geeignete Standortwahl sicherzustellen, dass während der Bau- und der Betriebsphase von FFPVA Inanspruchnahme von angrenzendem Wald mit seinen naturschutzfachlich hochwertigen Waldrändern sowie Bewirtschaftungseinschränkungen oder -erschwernisse auf den Waldflächen ausgeschlossen werde.

Die **Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz**, Kaiserslautern, erklärt, dass die Freiflächen-Photovoltaik (FFPV) im Rahmen der Energiewende eine große Betroffenheit in Form des größten Landentzugs für die Landwirtschaft mit sich bringe. Derzeit seien die rechtlichen Vorgaben auf Bundes- und Landesebene ständigen Änderungen unterworfen. Hinzu komme eine Beschleunigung der Planungsprozesse sowie Konzepte von Gemeinden, Verbandsgemeinden und Planungsgemeinschaften, die nicht immer aufeinander abgestimmt seien. Dies führe zu erheblichen Verwerfungen in der Agrarstruktur und den landwirtschaftlichen Betrieben. Außerlandwirtschaftlich orientierte Eingriffe in die Bodenmärkte, sowohl auf dem Pachtmarkt, als auch auf dem Kaufmarkt, bringe erhebliche Preissprünge mit sich. Es sei festzustellen, dass anstehende Planungen für FFPV-Anlagen einen erheblichen Eingriff auf den Bodenmarkt hätten, indem die Flächenverfügbarkeit örtlicher bäuerlicher Betriebe erheblich beeinträchtigt werde. Die Aussicht der Grundstückseigentümer, eine PV-Anlage auf ihren landwirtschaftlichen Grundstücken errichten zu können, verhindere in vielen Fällen den Abschluss langfristiger Pachtverträge für eine landwirtschaftliche Nutzung. Die Möglichkeit einer langfristigen Flächensicherung ist aber die Grundvoraussetzung, um eine dauerhafte und nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben und damit die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten sowie den Betrieben ihre Produktionsgrundlage zu sichern. Der Flächenentzug beschleunige zudem den Strukturwandel in der Landwirtschaft zusätzlich. Daher sei bei allen Planungen zu vermeiden, dass durch den Ausbau der erneuerbaren Energien der bäuerlichen Landwirtschaft die Grundlagen der Bewirtschaftung entzogen würden und/oder Investoren die Bodenmärkte beeinflussen.

Grundsätzlich stelle sich die Frage, ob der regionale Raumordnungsplan in seinen Grundzügen berührt sei. Dabei sei relevant, ob die Abweichung durch das „planerische wollen“ gedeckt ist. Es müsse mit anderen Worten angenommen werden können, die Abweichung

liege noch im Bereich dessen, was der Plangeber gewollt habe oder hätte, wenn er den Grund für die Abweichung gekannt hätte (BVerwG, 4 C 8/10, NVWZ 2011, 821). Die der Ursprungsplanung nachfolgende weitere Entwicklung der Umstände sei regelmäßig mit veränderten Tatsachen und Erkenntnissen verbunden, die zum Abweichungsverfahren führten. So dürfte zwar die sich zuspitzende Klima- und Energiekrise mit grundlegenden Transformationsprozessen und rechtlichen Veränderungen (z.B. §2 EEG, 4. Teilfortschreibung LEP IV) ein wesentlicher Aspekt für die Einzelfallprüfung sein, ob der Plangeber mit dem Wissen und der Verantwortung von heute im Hinblick auf Freiflächen-PVA anders vorgegangen wäre und vorginge. Dies sei aus Sicht der Landwirtschaftskammer allerdings fraglich. Ein solches Vorgehen ließe sich in der Teilfortschreibung des RROP Westpfalz zum Ausbau der Erneuerbaren Energien erkennen, die auch die Ausweisung von grundsätzlich geeigneten Flächen für Freiflächen-PVA beinhalten solle. In der Fortschreibung des LEP IV werde in diesem Zusammenhang auf die linienhaften vorbelasteten Strukturen als auszuweisende Vorbehaltsgebiete verwiesen. Derzeit sei jedoch noch keine Verfestigung bzw. ein Planentwurf der Planungsgemeinschaft zu diesem Thema vorhanden. Die steuernde und ausgleichende Funktion eines abgewogenen Regionalplans werde bei der Zulassung von Zielabweichungen, außerhalb der definierten Priorisierungsbereiche, verhindert. Es erfolge eine einseitig gerichtete Entscheidung zu Gunsten eines einzelnen Planungsfeldes.

Die Landwirtschaftskammer erkenne grundsätzlich die Notwendigkeit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien an. Allerdings vertrete sie hinsichtlich der Errichtung von FFPV-Anlagen die Auffassung, dass entsprechend des Grundsatzes 166 des LEP IV zunächst alle anderen Möglichkeiten der Realisierung von Photovoltaikanlagen auszuschöpfen seien, ehe auf landwirtschaftliche Nutzflächen zurückgegriffen werden könne (Gebäude, versiegelte Flächen, Deponien, Konversionsflächen usw.). Dazu könne auch die Errichtung von Agri-PV-Anlagen einen Beitrag leisten.

Neben der Versorgungssicherheit mit Energie spiele vor dem Hintergrund weltweiter Krisen gerade auch die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen eine zentrale Rolle. Hier seien die Belange mit und gegeneinander gerecht abzuwägen. Auch die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen stelle eine Sicherung der Energieversorgung dar.

Im vorliegenden Fall werde eine Agri-PV-Anlage innerhalb eines Vorrangbereichs für die Landwirtschaft beantragt. Es handele sich bei der Anlage um eine besondere Solaranlage im Sinne des §48 Abs.1 S.1 Nr.5 a) des EEG auf Ackerflächen, die kein Moorboden sind und nicht rechtsverbindlich als Naturschutzgebiet im Sinne des §23 BNatSchG oder als Nationalpark im Sinne des §24 BNatSchG festgesetzt worden seien, mit gleichzeitigem Nutzpflanzenanbau auf derselben Fläche. Für besondere Solaranlagen nach §48 Abs.1 Nr.5

a) EEG sei gemäß §85c EEG die Festlegung der Bundesnetzagentur vom 01.Oktober 2021 auf Grund des §15 der Innovationsausschreibungsverordnung in der am 01.Januar 2021 geltenden Fassung als Festlegung im Sinne des Absatzes 1 anzuwenden.

„Besondere Solaranlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen im Sinne des §15 Nr. 2a) + b) InnausV Flächen müssen nach Stand der Technik errichtet und betrieben werden. Die Einhaltung des Standes der Technik ist insbesondere erbracht, wenn die Solaranlagen und der Nutzpflanzenanbau bzw. der Anbau von Dauerkulturen oder mehrjährigen Kulturen auf den Flächen über die gesamte Förderdauer die Anforderungen der DIN SPEC 91434:2021-05 erfüllen.“

Daher seien die Vorgaben aus der o.g. Festlegung sowie der DIN-SPEC 91434 einzuhalten.

Der Antragsteller hat den Nachweis über die Einhaltung der Vorgaben der DIN SPEC 91434:2021-05 in den Antragsunterlagen vorgelegt. Die Bewertung des Vorhabens erfolge auf Basis der DIN SPEC 91434:2021-05 und den gesetzlichen Grundlagen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP-Direktzahlungen-Gesetz-GAPDZG, GAP-Konditionalitäten-Gesetz-GAPKondG, GAP-Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Gesetz-GAPInVeKoSG). Nachfolgend werde geprüft, ob die geplante PV-Anlage die entsprechenden Vorgaben erfülle, um als Agri-PV-Anlage anerkannt zu werden. Die technischen Ansätze zur Integration der Photovoltaik in die Landwirtschaft seien vielfältig. Die Einhaltung des Standes der Technik sei insbesondere erbracht, wenn die Solaranlage und der Nutzpflanzenanbau bzw. der Anbau von Dauerkulturen oder mehrjährigen Kulturen auf den Flächen über die gesamte Förderdauer die Anforderungen der DIN SPEC 91434:2021-5 erfüllten.

Die Darstellungen in dem Nachweis werden von der Landwirtschaftskammer als nachvollziehbar und schlüssig eingeordnet. Die Kriterien und Anforderungen an die landwirtschaftliche Hauptnutzung würden erfüllt:

-5.2.2 Kategorie 1B lichte Höhe am tiefsten Punkt 2,10 m werde eingehalten

5.2.3 voraussichtlicher Flächenverlust mit 8,2% sei kleiner als die Höchstmenge von 10%, das bisherige Bewirtschaftungssystem (Fruchtfolge) werde beibehalten,

-5.2.4 die Bearbeitbarkeit sei auf Grund der Systembreite von 8,80 m mit den eingesetzten Maschinen gegeben,

-5.2.5 Ausreichende Lichtversorgung werde nachvollziehbar dargestellt,

-5.2.6 Negative Auswirkungen auf die Wasserversorgung sei nicht zu erwarten, ggf. sogar Verbesserung durch Schattenwirkung der Anlage,

-5.2.7 die dargestellte Bewirtschaftungsform lasse keine erhöhte Erosion erwarten,

-5.2.8 durch die geplante Rammtechnik könne die Anlage rückstandslos rückgebaut werden,

-5.2.9 durch die PV-Anlage entstehe ein potentieller durchschnittlicher Deckungsbeitragsrückgang von ca. 350 € pro ha. Die Bewirtschaftung liefere auch nach diesem Rückgang noch einen positiven Deckungsbeitrag in einer Größenordnung von 565 € pro ha, sodass die Wirtschaftlichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung gegeben bleibe,

-5.2.10 +12 Die Ertragsreduzierung durch Flächenverlust und Randeffekte betrage ca. 20% des Referenzertrages und erfülle somit die Forderung, dass mindestens 66% des Referenzertrages erreicht werden

-5.2.11 Die Referenzerträge würden durch Ertragserhebungen des Antragsstellers entsprechend der Vorgaben der DIN SPEC festgestellt.

Sofern sichergestellt sei, dass die Konzeption der Anlage mit den Angaben des Nutzungskonzeptes der DIN SPEC 91434:2021-05 dauerhaft konform geht, könne im vorliegenden Fall das Benehmen zum Antrag hergestellt werden.

Das **Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz**, Kaiserslautern, äußert gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken.

Die **Untere Naturschutzbehörde, Kreisverwaltung Südwestpfalz**, teilt mit, dass mit dem geplanten Vorhaben ein Eingriff in Natur und Landschaft verbunden sei, der die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und das Landschaftsbildes erheblich beeinträchtige. Die Beeinträchtigungen resultierten u.a. aus Voll- und Teilversiegelungen, Blendwirkungen, Verschattungen, Barrierewirkungen und Zerschneidungseffekten, Veränderungen des Niederschlagsregimes und der Bodenbeschaffenheit, Beeinträchtigungen der Arten des Agrarraums und des Offenlandes sowie ihrer Lebensräume.

Die geplante Photovoltaik-Freiflächenanlage (PVFA) liege teilweise innerhalb eines Vorbehaltsgebiets regionaler Biotopverbund. Darüber hinaus befinde sich angrenzend ein Vorranggebiet für den regionalen Biotopverbund, ein Vorbehaltsgebiet regionaler Biotopverbund sowie mehrere Bereiche des landesweiten Biotopverbundes.

Der Biotopverbund diene der dauerhaften Sicherung der Population wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Teile des Biotopverbunds seien unter anderem Naturschutzgebiete und Natura 2000-Gebiete.

Vorliegend grenze das Naturschutzgebiet (NSG) „Monbijou“, das FFH-Gebiet „Zweibrücker Land“ und das Vogelschutzgebiet (VSG) „Hornbach-Seitentäler“ an das Plangebiet an. Gemäß

der vorliegenden Natura 2000-Verträglichkeitsvorprüfung seien erhebliche Beeinträchtigungen des angrenzenden FFH-Gebiets und des VSG's und somit auch dem Vorranggebiet regionaler Biotopverbund, dem landesweiten Biotopverbund, sowie dem Vorbehaltsgebiet regionaler Biotopverbund außerhalb des Plangebiets nicht gegeben.

Das Plangebiet sei gekennzeichnet durch einen Agrarraum mit einer vergleichsweise extensiven ackerbaulichen Nutzung, sodass Teilbereiche des Areals durch eine artenreiche Segetalvegetation geprägt seien. Diverse Tierarten würden das Gebiet und dessen Randflächen als (Teil-) Lebensraum nutzen, insbesondere die Feldlerche. (*Alauda arvensis*) als Vogelart der freien Feldflur. Insgesamt elf Brutpaare dieser besonders geschützten Vogelart würden innerhalb des Plangebiets festgestellt, davon sieben im Bereich des Vorbehaltsgebiets regionaler Biotopverbund.

Das geplante Vorhaben beeinträchtige die Funktion des regionalen Biotopverbundes. Unter anderem werden die Lebensstätten der o.g. Lebensgemeinschaft nachhaltig verändert, beschädigt oder zerstört, weshalb gegen die Überplanung des betroffenen Vorbehaltsgebiets regionaler Biotopverbund naturschutzfachliche Bedenken bestehen.

Werde dem Vorhaben von der zuständigen Behörde dennoch zugestimmt, sei bei der Entscheidung zu beachten, dass zum Ausgleich der o.g. Lebensstätten vorgezogene Artenschutzmaßnahmen notwendig seien. Hierfür seien Flächen außerhalb des Geltungsbereichs heranzuziehen, weshalb eine pauschale Nebenbestimmung, Ausgleichsflächen grundsätzlich nur innerhalb des Plangebiets zu entwickeln, dem Artenschutz entgegenstünden. Daher dürfe zur Wahrung der artenschutzrechtlichen Vorschriften solch ein pauschaler Ausschluss nicht formuliert werden.

Um den externen Flächenbedarf zu reduzieren, solle angesichts der Plangebietsgröße dennoch dezidiert geprüft werden, ob ein Teilausgleich innerhalb der PVFA umgesetzt werden könne, ggf. durch zusammenhängende Aussparungen von PV-Modulen.

Solche Aussparungen wären als flächige Grüninseln anzulegen, modulfrei zu belassen und extensiv zu bewirtschaften. Bei entsprechender Planung wäre auch eine Unterbrechung der visuellen Dominanz der PVFA und somit eine spürbare Minderung der Landschaftsbildbeeinträchtigung möglich. Gleichzeitig würde dem regionalen Biotopverbund Rechnung getragen werden.

In diesem Zusammenhang seien in den nachgelagerten Verfahren konkrete Darstellungen bzw. Festsetzungen zu treffen, unter anderem auch zu Randbegrünungen durch bspw. Strauchhecken-/Baumpflanzungen.

Um spätere betriebs- und anlagenbedingte Störungen (z.B. durch Reparaturen oder Wartungen, Lichtreflexionen, Sichtbeziehungen) auf die im Naturschutzgebiet vorkommende Lebensgemeinschaft und somit auf den regionalen Biotopverbund zu verhindern, solle ein angemessener Abstand zu dem Naturschutzgebiet belassen werden. Der Abstand würde auch das Vorkommen der streng geschützten und in Rheinland-Pfalz als vom Aussterben bedroht geltenden Heidelerche (*Lullula alborea*) würdigen, da diese Vogelart akustische und visuelle Störungen nur bedingt toleriert. Dies sei in den nachgelagerten Verfahren zu berücksichtigen.

Gemäß der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung sei bei solchen Eingriffen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu ergreifen, um vermeidbare Beeinträchtigungen zu vermeiden und nicht vermeidbare Beeinträchtigungen auszugleichen bzw. zu ersetzen. Hierzu zählten z.B. die Entwicklung von artenreichem Grünland und extensive Bewirtschaftung des Plangebiets, angemessene Modulreihenabstände, Eingrünung/ Bepflanzung der FFPVA usw.

Zur Umsetzung des naturschutzrechtlichen Vermeidungs- und Kompensationsgebots werde ausdrücklich auf den „Leitfaden für naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Solarparks“ (Hietel, E., Reichling T. und Lenz, C., 2021) verwiesen. Dieser sei in den weiteren Verfahren zu beachten.

Der **NABU Zweibrücken e.V.**, Zweibrücken, teilt im Auftrag und Namen des Naturschutzbundes Deutschland, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. mit, dass gegen die Umsetzung des gegenständlichen Agri-Photovoltaik-Projekts hinsichtlich Umwelt- und Naturschutz grundsätzlich keine Einwände oder Bedenken hervorgebracht werden. Das Projekt werde begrüßt.

Aus Sicht des NABU lägen die Hauptvorteile gegenüber dem Vorgängerprojekt mit einer „normalen“ Freiflächenphotovoltaikanlage (PV-FFA) in der Beibehaltung der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung und Fruchtfolge bei einer Ertragsminderung von lediglich 20%. Gleichzeitig werde eine Stromproduktion erzielt, die mit 80% nur geringfügig unter dem Leistungsniveau einer PV-FFA liege und somit einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende leiste.

Durch einen Verzicht auf eine komplette Einzäunung entfalle auch die Barrierewirkung. Somit blieben die Wildwechselbeziehungen zwischen den östlich und westlich des Solarparks gelegenen Biotopen erhalten. Beeinträchtigungen des vorliegenden Vorbehaltsgebiet Regionaler Biotopverbund seien nicht zu erwarten.

Inwieweit sich der Solarpark auf das Landschaftsbild und somit auf die Verträglichkeit mit den Vorgaben und Zielen des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV) sowie des Regionalen Raumordnungsplans (RROP) im Hinblick auf das vorliegende Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus auswirke, sei von den Genehmigungsbehörden zu beurteilen.

Der **Landesfischereiverband Rheinland-Pfalz e.V.**, Ockenheim, teilt mit, dass gegen das geplante Vorhaben keine Einwände bestehen.

Die **Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Rheinland-Pfalz e.V.** und die **Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz e.V.**, Obermoschel, teilen in einer gemeinsamen Stellungnahme mit, dass jeweils keine Einwände oder Anregungen zur vorgelegten Planung bestünden

Die **Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz der SGD Süd**, Kaiserslautern nimmt wie folgt Stellung:

1. Oberflächenentwässerung

Durch Überbauung und Befestigung von Bodenflächen entsteht ein verstärkter oberirdischer Abfluss von Niederschlagswasser sowie eine Verringerung der Grundwasserneubildungsrate, weshalb generell zunächst nachteilige Umweltauswirkungen zu besorgen sind. Dem heißt es durch entsprechende Maßnahmen entgegenzuwirken. Das im Plangebiet anfallende Oberflächenwasser kann über die geneigten PV-Module flächig auf den anstehenden Boden abtropfen. Um einen Oberflächenabfluss und der Bildung von Erosionsrinnen, insbesondere bei stärkeren Niederschlagsereignissen, entgegenzuwirken, als auch die flächige Versickerung zu verbessern, wird angeraten eine flache muldenartige Geländemodellierung unterhalb der Abtropfbereiche der Modultische bzw. an den Geländetiefpunkten vorzusehen.

Auf der versiegelten Fläche der Wechselrichter-, / Transformatorstation sowie von Zufahrten kann es in der Folge aufgrund der Versiegelung auch hier zu einem erhöhten Oberflächenabfluss kommen. Dieser ist vollständig in den umliegenden unversiegelten Bodenflächen zu versickern bzw. in Geländemulden zurückzuhalten.

Die Versickerung am Ort des Anfalls hat ohne Schädigung Dritter breitflächig über die belebte Bodenzone stattzufinden. Es ist darauf zu achten, dass das für die Versickerung vorgesehene Gelände nicht verdichtet wird (z.B. durch Befahrung) bzw. im Anschluss an die Inanspruchnahme der Versickerungsfläche eine Untergrundauflockerung vorgenommen wird.

Es wird davon ausgegangen, dass durch den Neubau des Solarparks bzw. die damit verbundene Bodenversiegelung keine wasserrechtlichen Tatbestände verwirklicht werden (z.B. Einleitung in ein Gewässer).

2. Starkregengefährdung

An Intensität und Häufigkeit zunehmende Starkregenereignisse stellen eine Herausforderung für die moderne Bauleitplanung und Landesplanung dar. Das Land Rheinland-Pfalz stellt seit einigen Jahren landesweite Hinweiskarten (Starkregenmodul, Karte 5) für die

Sturzflutgefährdung nach Starkregen zur Verfügung. Die nun vorliegenden neuen Sturzflutgefahrenkarten lösen diese alten Hinweiskarten ab.

Die Sturzflutengefahrenkarten zeigen die Wassertiefen, die Fließgeschwindigkeiten und die Fließrichtung von oberflächlich abfließendem Wasser infolge von Starkregenereignissen. Dafür werden Szenarien mit unterschiedlicher Niederschlagshöhe und -dauer betrachtet. Basis der Sturzflutenkarten ist ein einheitlicher StarkRegenIndex. Die beigefügten Karten stellen ein sog. „außergewöhnliches Starkregenereignis“ mit einer Regendauer von einer Stunde (SRI 7,1 Std.) dar. Darüber hinaus stehen noch Karten für die Szenarien „extremes Starkregenereignis“ mit einer Regendauer von einer Stunde (SRI 10,1 Std.) und von vier Stunden (SRI 10,4 Std.) online zur Verfügung.

Es ist zu beachten, dass es bei Starkregenereignissen überall zu einem Oberflächenabfluss kommen kann, wobei sich er in Mulden, Rinnen oder Senken größere Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten bilden. Daher sind vor Ort immer die vorhandenen Oberflächenstrukturen und Verhältnisse zu berücksichtigen.

Unter dem Link <https://geportal-wasser.rlp-umwelt.de/servlet/is/10360/> können die neuen Sturzflutgefahrenkarten für den betreffenden Bereich eingesehen werden.

Gemäß den Sturzflutengefahrenkarten kann es in den westlichen und östlichen Randbereichen sowie im mittleren und nordwestlichen Verfahrensgebiet zu hohen Abflusskonzentrationen und Überflutungen an Tiefenlinien nach Starkregen kommen. Aus fachlicher Sicht wird angeraten, die Planung zu überdenken und die von Sturzfluten gefährdeten Bereiche von einer Überbauung mit Modultischen sowie den sonstigen für den Betrieb notwendigen technischen Anlagen wie Trafo-, Wechselrichter-, Umspann- und Übergabestationen, Lager- und Batteriespeichercontainer etc. freizuhalten.

3. Bodenschutz

Böden erfüllen für stabile Ökosysteme wichtige Filter-, Speicher- und Pufferungsfunktionen. Gleichzeitig sind Böden aber leicht zerstörbar und erneuern sich durch natürliche Verwitterungsprozesse nur in geringem Umfang. Die Verknappung bzw. Gefährdung von Boden geht aus Versiegelung, nutzungsbedingte Bodenabträge, Bodenverdichtung oder auf Stoffeinträge zurück. Wesentliche Zielvorgaben des vorsorgenden Bodenschutzes werden deshalb darin gesehen, den Flächenverbrauch im Sinne der Nachhaltigkeit zu reduzieren und Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen zu vermeiden.

Die fachlichen Betrachtungen des vorsorgenden Bodenschutzes in Bezug auf Freiflächenphotovoltaikanlagen sind in der Zwischenzeit auch fortentwickelt worden. Aus ihnen wurden verschiedene Ziele, Anforderungen und Maßnahmen abgeleitet, die aus

bodenschutzfachlicher Sicht bereits bei der Standortauswahl beginnen und sich über die Phasen der Herstellung, des Betriebes bis hin zum Rückbau erstrecken.

Eine umfassende Übersicht über die bodenschutzfachlichen Auswirkungen von Freiflächenphotovoltaikanlagen (FF-PVA) liefert bspw. die LABO-Arbeitshilfe „Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“. Mit Rundschreiben des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz vom 07.11.2023 haben die in der Arbeitshilfe beschriebenen bodenschutzfachlichen und -rechtlichen Anforderungen im Hinblick auf Planung und Genehmigung auch an Verbindlichkeit gewonnen.

Im Raumordnungsverfahren samt Zielabweichungsverfahren kommt der Prüfung der Standorteignung unter bodenschutzfachlichen Aspekten eine besondere Bedeutung zu. Für die Standortauswahl aus Sicht des Bodenschutzes wird mit v.g. Arbeitshilfe eine bodenbezogene Rangfolge aufgestellt.

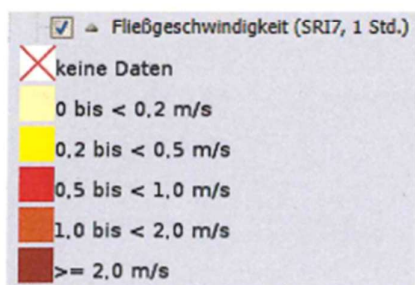
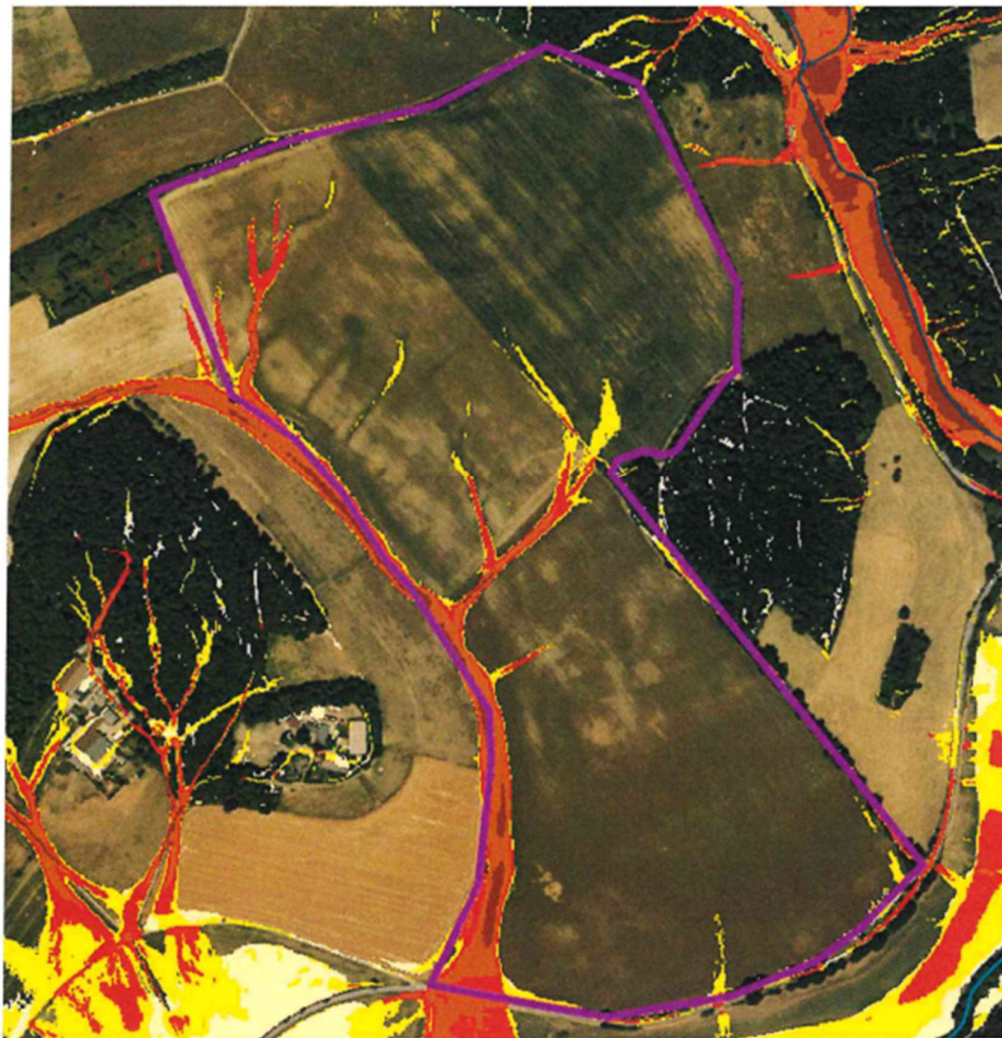
Im vorliegenden Fall wird ein Standort aus der dritten Kategorie (Acker- und Grünlandflächen) vorgeschlagen. Solche Flächen sollten im Sinne des Bodenschutzes nur auf Böden mit geringem bis mittleren Erfüllungsgrad der Bodenfunktionen in Anspruch genommen werden. Dieses Kriterium ist gemäß den Veröffentlichungen des Landesamtes für Geologie und Bergbau (LGB) erfüllt. Von daher wäre der gewählte Standort mit den Anforderungen des vorsorgenden Bodenschutzes grundsätzlich vereinbar. Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass hier keine Prüfung alternativer Standorte oder auch des zitierten Standortauswahlkonzeptes der OG Dietrichingen vorgenommen wurde. Es wird vorausgesetzt, dass bei der vorausgegangenen Betrachtung möglicher Flächenpotentiale für FF-PVA explizit auch die Möglichkeiten zur Schaffung von Solarparks auf Flächen der Kategorie 1 (anthropogen deutlich überprägte Böden ohne landwirtschaftliche Nutzung) und der Kategorie 2 (Randstreifen an Verkehrsflächen) geprüft worden ist und sich heraus keine anderen Flächenpräferenzen gegenüber dem jetzigen Vorschlag ergeben.

Weil ein wirksamer vorsorgender Bodenschutz bereit in frühen Planungsphasen etabliert werden muss, empfehle ich dringend zur Vermeidung langfristiger oder irreversibler Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen, eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ einzusetzen. Diese Art des baubegleitenden Bodenschutzes soll durch das aufzustellende Bodenschutzkonzept und die bodenkundliche Baubegleitung in den Phasen der Planung, Ausschreibung und Ausführung dem Schutz des Bodens dienen. Ich weise darauf hin, dass für die anschließenden bauleitplanerischen Verfahrensschritte konkrete, fallbezogene Festsetzungen im Interesse des Bodenschutzes abgeleitet werden müssen.

Für den geplanten Standort der FF-PVA sind hier keine Altablagerungen, Altstandorte, schädliche Bodenveränderungen oder Verdachtsflächen bekannt (nachsorgender Bodenschutz). Sofern bei Ihnen Erkenntnisse über abgelagerte Abfälle (Altablagerungen), stillgelegte Anlagen, bei denen mit umweltgefährlichen Stoffen umgegangen wurde (Altstandorte) oder gefahrverdächtige Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen wie z.B. Schadstoffverunreinigungen, Bodenverdichtungen oder -erosionen (Verdachtsflächen bzw. schädliche Bodenveränderungen) vorliegen, sollten diese auf ihre Umweltauswirkungen hin überprüft werden.

Auszug außergewöhnlicher Starkregen (SRI 7, 1 Std.)

Fließgeschwindigkeiten



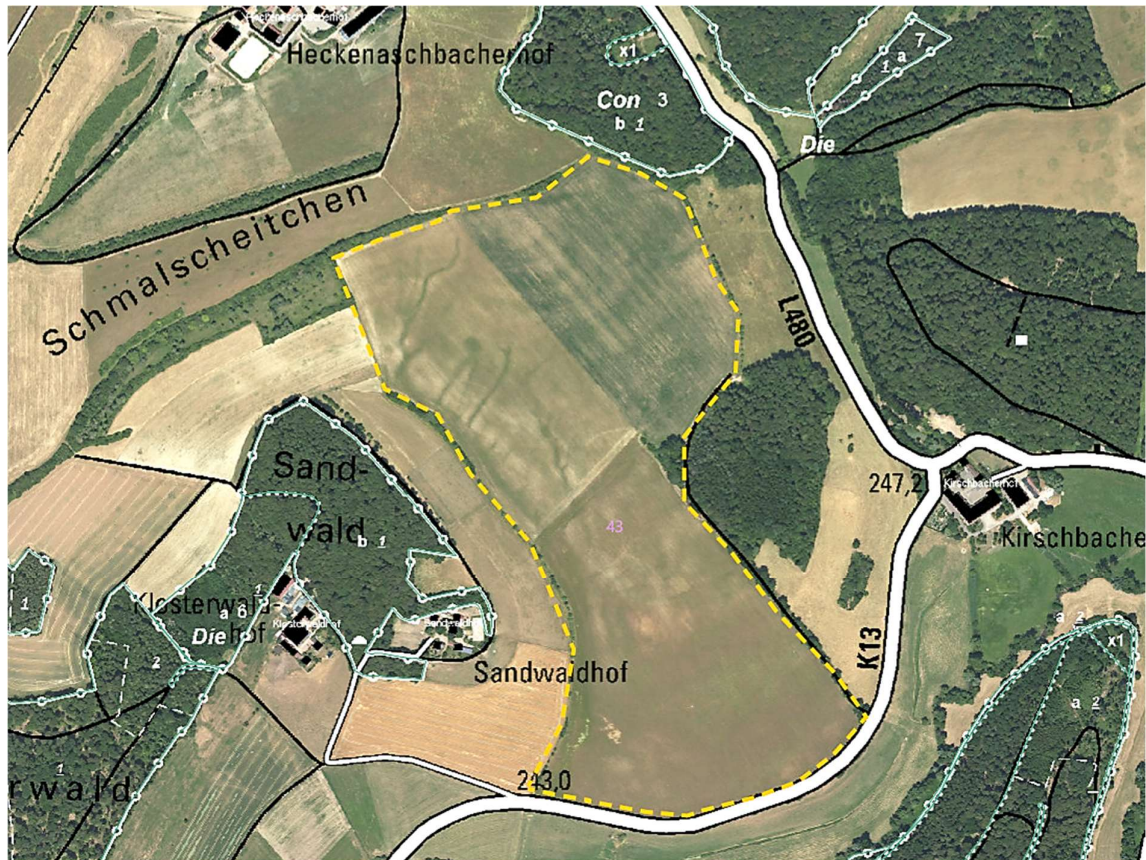
Wassertiefen



Die **Zentralstelle der Forstverwaltung**, Neustadt an der Weinstraße, führt aus, dass die Flächen im Eigentum eines landwirtschaftlichen Betriebs stünden, der diese selbst in Form einer ackerbaulichen Nutzung bewirtschaftete. Der geplante Vorhabentyp einer Agri-PV-Anlage

impliziere eine kombinierte Nutzung der Fläche für die landwirtschaftliche Produktion als Hauptnutzung und für die Stromproduktion mittels einer PV-Anlage als Sekundärnutzung.

Die Planfläche grenze im Norden und Osten unmittelbar an Privatwaldflächen an.



Bei den Waldflächen im Norden handele es sich um einen Eichen-Hainbuchen-Bestand mit vorgelagertem Strauchgürtel (u.a. Schlehdorn). Die zu erwartende max. Baumhöhe liege bei ca. 30 m. Durch den Bau der PV-Anlage in der vorgelegten Planung, sei die Zugänglichkeit zum Wald aus dieser Seite nicht mehr gegeben. Insofern müsse hier zur Vermeidung von Beeinträchtigungen für die Forstwirtschaft, für die Gewährleistung der Waldbrandbekämpfung vom Ackerland aus und zur Vermeidung von Schäden infolge von Baumfall, Astabbrüchen etc. ein Sicherheitsabstand von 30 m unabdingbar eingehalten werden.

Bei den Waldflächen im Osten handele es sich um einen Eichen-Buchen-Hainbuchen-Bestand. Die zu erwartende max. Baumhöhe liege auch hier bei ca. 30 m Höhe. Der Randbereich zeichnet sich durch alte starkastige Randbereiche aus, die ökologisch als besonders hochwertig einzustufen seien. Zwischen der Planfläche und dem Wald verlaufe ein Forstwirtschaftsweg, der die Zugänglichkeit zum Wald auch weiterhin gewährleisten müsse. Auch hier müsse zur Vermeidung von Beeinträchtigungen für die Forstwirtschaft, für die Gewährleistung der Waldbrandbekämpfung vom Ackerland aus und zur Vermeidung von

Schäden infolge von Baumfall, Astabbrüchen etc. ein Sicherheitsabstand von 30 m (beginnend am Waldrand) unabdingbar eingehalten werden.

Zusammenfassend sei deshalb festzustellen, dass bei der Errichtung von Flächenphotovoltaikanlagen an bestehendem Wald standörtlich bedingte Sicherheitsabstände zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft einzuhalten. (siehe Neue Vollzugshinweise zum Bau von Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen, Schreiben des MKUEM vom 07.11.2023 – Hinweise zu land-, forst-, wasserwirtschaftlichen und natur- und bodenschutzfachlichen Belangen). Die darin genannten Abstandsregeln zum Wald stellten zum einen sicher, dass durch eine geeignete Standortwahl während der Bau- und der Betriebsphase der PV-Freiflächenanlagen Inanspruchnahme von angrenzendem Wald mit seinen naturschutzfachlich hochwertigen Waldrändern sowie Bewirtschaftungseinschränkungen oder -erschwernisse auf den Waldflächen ausgeschlossen seien. Zum anderen sei auf diese Weise das Gefährdungsrisiko der PV-Anlage durch umstürzende Bäume in der Regel weitestgehend reduziert.

Die Forstbehörde stimme der Errichtung des geplanten Solarparks auf der Gemarkung Dietrichingen in Abstimmung mit dem Forstamt Westrich nur unter der Voraussetzung zu, wenn die von Ihr geforderten Sicherheitsabstände von 30m Breite zu den nördlich und östlich angrenzenden Waldbeständen eingehalten würden, um die Durchführung der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft ohne Einschränkungen und Bewirtschaftungseinschränkungen fortführen zu können. Negative Auswirkungen durch das Vorhaben auf die ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Waldes seien zu vermeiden.

Zur Einhaltung der o.g. Sicherheitsabstände baulicher Anlagen zum Wald fordere die Forstbehörde die Festsetzung einer Baugrenze im Bebauungsplan (Zaun + Solarpaneel) bzw. Flächennutzungsplan mit den von Ihr geforderten Sicherheitsabständen.

Ungeachtet dessen werde empfohlen, dass die Betreiber eine Haftungsverzichtserklärung mit den betroffenen Waldbesitzern abschließen, da in Zukunft zunehmen im Zuge des Klimawandels mit Extremwetterlagen zu rechnen sei, damit die Waldbesitzer von Haftungsschäden durch abgebrochene Äste oder gar umstürzende Bäume freigestellt würden.

Das **Landesamt für Geologie und Bergbau**, Mainz, werden zum Planvorhaben Anregungen, Hinweise und Bewertungen gegeben.

Im Geltungsbereich des Vorhabens sei kein Altbergbau dokumentiert und aktuell erfolge kein Bergbau unter Bergaufsicht.

Für die Bodenfunktionsbewertung von landwirtschaftlichen Flächen stünden die Auswertungen auf Grundlage der BFD5L (BFD 5 L=BodenFlächenDaten im Maßstab 1:5.000

für die landwirtschaftliche Nutzfläche des LGB-RLP zur Verfügung. Auf der Vorhabenfläche seien überwiegend pseudoverlgeyte Braunerden / Braunerde-Kolluvisole vergesellschaftet.

Die Ackerzahlen bewegten sich im Vorhabengebiet im Bereich von >40 bis <60, teilflächig auch etwas darunter.

Die gesamtheitliche Betrachtung der Bodenfunktionen ergebe die Zuordnung zur Stufe 2 (gering) bis 3 (mittel).

Weiterführende Erläuterungen seien dem Themenheft „Bodenfunktionsbewertung für die Planungspraxis“ zu entnehmen:

https://lgb-rlp.de/fileadmin/service/lgb_downloads/boden/boden_themenheft_vorsorgender/tvb1.pdf

Aus bodenkundlicher Sicht bestünden gegen das Vorhaben keine grundsätzlichen Einwände.

Dennoch sollten die Bodenverhältnisse bei der Planung insofern berücksichtigt werden, als alle bodenverändernden Maßnahmen (auch bspw. beim zukünftigen Betrieb und Rückbau) auf das zwingend notwendige Maß zu beschränken seien, um die Bodenfunktionen nicht nachteilig zu verändern.

Es werde auf die Ausführungen zum Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie hingewiesen:

https://www.labo-deutschland.de/documents/LABO-Arbeitshilfe_FFA_Photovoltaik_und_Solarthermie.pdf

Aus hydrogeologischer Sicht erfolge zu den im Planungsvorhaben genannten Informationen keine ergänzenden Aussagen.

Aus ingenieurgeologischer Sicht seien bei Eingriffen in den Baugrund die einschlägigen DIN-Normen, wie z.B. DIN 1054 und DIN 4020 und DIN EN 1997-1 und -2 zu beachten.

Aus rohstoffgeologischer Sicht bestünden gegen das geplante Vorhaben keine Einwände.

Nach dem Geologiedatengesetz sei die Durchführung einer Bohrung bzw. geologischen Untersuchung spätestens 2 Wochen vor Untersuchungsbeginn beim Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz anzuzeigen. Das LGB weist darauf hin, dass die Übermittlungspflicht dem Antragsteller bzw. seinen Beauftragten (z.B. Ingenieurbüro, Bohrfirma) obliege. Weitere Informationen zum Geologiedatengesetz seien auf der Internetseite sowie im Fragenkatalog des LGB unter

<https://www.lgb-rlp.de/fachthemen/geologiedatengesetz/faq-geoldg.html>

abrufbar.

Die **Generaldirektion Kulturelles Erbe, Direktion Landesarchäologie**, Speyer, teilt mit, mit der Festlegung ihrer Belange, wie sie unter Punkt 5.8 in den Antragsunterlagen zum gegenständlichen Raumordnungsverfahren ihren Niederschlag gefunden hat, einverstanden zu sein. Die Auflagen und Festlegungen sind in den Bebauungsplan und die Bauausführungspläne zu übernehmen.

Seitens der GDKE wird zudem darauf hingewiesen, dass die Meldepflicht besonders für die Maßnahmen zur Vorbereitung von Erschließungsmaßnahmen gelte. Diese Meldepflicht liege beim Vorhabenträger im Sinne der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur zur Durchführung von §21 Abs.3 DSchG, Punkt 2, sowie für die späteren Erdarbeiten beim Bauträger / Bauherrn.

Außerdem weist die GDKE darauf hin, dass sich im Planungsgebiet bisher nicht bekannte Kleindenkmäler (wie Grenzsteine) befinden können. Diese seien selbstverständlich zu berücksichtigen bzw. dürften von Planierungen o.ä. nicht berührt oder von ihrem angestammten, historischen Standort entfernt werden.

Das **Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr**, Bonn, teilt mit, dass vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt würden. Es bestünden daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Die Verbandsgemeindeverwaltung Zweibrücken-Land, Zweibrücken, teilt mit, dass die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land mit Beschluss vom 25.03.2025, die Ortsgemeinde Dietrichingen mit Beschluss vom 24.03.2025, die Ortsgemeinde Kleinsteinhausen mit Beschluss vom 21.05.2025 und die Ortsgemeinde Mausbach vom 22.05.2025 das Einvernehmen zu dem Vorhaben erteilt hätten. Auch seitens der Ortsgemeinden Contwig und Großsteinhausen bestünden keine Bedenken.

E. Raumordnerische Bewertung und Abwägung

Die raumordnerische Bewertung des Vorhabens erfolgt unter Beachtung der im **Landesentwicklungsprogramm IV RLP (LEP IV)** und im **Regionalen Raumordnungsplan der Planungsgemeinschaft Westpfalz (ROP IV)** enthaltenen Ziele der Raumordnung und Landesplanung sowie der sich aus §2 Abs.2 **Raumordnungsgesetz (ROG)** i.V.m. §1 Abs.4 **Landesplanungsgesetz (LPIG)**, dem LEP IV und ROP IV Westpfalz ergebenden Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung. Es wird zudem bei der nachfolgenden Bewertung und Abwägung auf die Inhalte des **Leitfadens zur Planung und Bewertung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen aus raumordnerischer Sicht (Vollzugshinweise zur vierten Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über das Landesentwicklungsprogramm vom 18.Januar 2023 (GVBl.S.4) / nachfolgend „Solarleitfaden“)** des Ministeriums des Innern und für Sport RLP vom 26.Januar 2024 zurückgegriffen. Zudem wird auf die Inhalte der **Vollzugshinweise zur zweiten Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über Gebote für Solaranlagen auf Ackerland- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten (Bau von Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen: Hinweise zu land-, forst-, wasserwirtschaftlichen und natur- und bodenschutz-fachlichen Belangen / nachfolgend „Vollzugshinweise“)** des Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM) und des Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) vom 07.November 2023 zurückgegriffen. Vollzugshinweise geltend zwar unmittelbar für den Geltungsbereich des EEG und damit grundsätzlich für die Förderfähigkeit von Anlagen, jedoch kann Hilfsweise auf die dort aufgeführten fachplanerischen Vollzugshinweise zurückgegriffen werden. Darüber hinaus verweist der Solarleitfaden auf die Inhalte der Vollzugshinweise. Bei der Bewertung werden ferner die während der schriftlichen Anhörung der **Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit** vorgebrachten Bedenken und Anregungen berücksichtigt.

Raumbedeutsamkeit

Geplant ist die Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage auf einer Fläche von insgesamt ca. 55 ha im planungsrechtlichen Außenbereich der Gemarkung Dietrichingen. Gemäß §4 Abs.1 ROG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen bzw. bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen anderer öffentlicher Stellen Ziele der Raumordnung zu beachten und Grundsätze sowie sonstige Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen. Grundvoraussetzung ist somit das Vorliegen einer Raumbedeutsamkeit i.S.d. §3 Abs.1 Nr.6 ROG. Demnach sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen Planungen, Vorhaben

und sonstige Maßnahmen, durch die Raum in Anspruch genommen oder die räumliche Entwicklung oder Funktion eines Gebiets beeinflusst wird. Gemäß dem Solarleitfaden gilt als Orientierungswert eine Fläche von 5 ha als raumbedeutsam im Sinne des ROG. Die gegenständlich betrachtete Fläche ist fast fünfmal so groß. **Es handelt sich gegenständlich somit um ein raumbedeutsames Vorhaben.**

Maßgebliche Erfordernisse der Raumordnung

G162a (LEP IV)

Die Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, großen kreisangehörigen und kreisfreien Städte sollen Klimaschutzkonzepte aufstellen, die insbesondere eine kommunale Wärmestrategie- und Energieplanung beinhalten sollen. Dazu soll auch der Einsatz von effizienten Nahwärmenetzen wie zum Beispiel kalte Nahwärmenetze oder kompakte Mikronetze auf der Basis erneuerbarer Energiequellen und hier insbesondere die Absicherung auf kommunaler Ebene geprüft werden.

Gemäß der Begründung zu G162a kann hieraus eine wichtige Grundlage für einen Handlungsbedarf im Bereich erneuerbare Energien abgeleitet werden. Nach unserem Kenntnisstand existiert für das Gebiet der VG Zweibrücken-Land ein Standortkonzept für Freiflächen-Photovoltaik. Dort ist die entsprechende Fläche nicht aufgelistet, wenngleich die Option von Agri-PV flächenmäßig nicht differenziert betrachtet wurde. Weiterhin handelt es sich um kein umfänglich mit den maßgeblichen Behörden und Trägern öffentlicher Belange abgestimmtes Konzept, weshalb die bindende Aussagekraft des Konzepts auch stark eingeschränkt ist.

Weiterhin befindet sich derzeit das Konzept zur kommunalen Wärmeplanung für die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land in Aufstellung. Genauere Aussagen lassen sich hier derzeit aus Gründen der Maßstäblichkeit und einer fehlenden fachlichen Flächenfreigabe der maßgeblichen Behörden und Träger öffentlicher Belange derzeit nicht ableiten.

Zusammenfassend ist deshalb festzustellen, dass zwei Konzepte durchaus in die raumordnungsrechtliche Gesamtbeurteilung mit einfließen könnten, jedoch gegenständlich keine maßstäbliche und inhaltliche Endabstimmung mit den zuständigen Trägern öffentlicher Belange stattgefunden hat. Eine Heranziehung der Konzepte als Beurteilungsgrundlage ist deshalb im gegenständlichen Kontext nur sehr eingeschränkt möglich.

G166 (LEP IV)

Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere

- *auf zivilen und militärischen Konversionsflächen,*
- *entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen sowie*
- *auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen*

errichtet werden. Als Kenngröße für vergleichsweise ertragsschwächere landwirtschaftliche Flächen soll die regionaltypische Ertragsmesszahl herangezogen werden.

Gemäß der Begründung zu G166 soll hiermit dem Gedanken des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden sowie der Berücksichtigung von Schutzaspekten Rechnung getragen werden.

Das Vorhaben soll im weitestgehend baulich nicht vorgeprägten Außenbereich auf Acker- und Grünlandflächen errichtet werden. Eine flächenschonende Errichtung von zivilen oder militärischen Konversionsflächen liegt deshalb gegenständlich nicht vor.

Eine genauere Definition der linienförmigen Infrastrukturtrassen erfolgt im LEP IV nicht. Im spezifischen Kontext des G166 des LEP IV enthält auch der Solarleitfaden keine tiefergehenden Ausführungen zum raumordnungsrechtlichen Kriterium der linienförmigen Infrastrukturtrassen. Allerdings kann hierzu hilfsweise auf die Ausführungen des Solarleitfadens zu G166b und G166c zurückgegriffen werden.

Gemäß den Ausführungen des Solarleitfadens im Kontext des G166b (Planungsauftrag an Regionale Planungsgemeinschaften) sind linienförmige Infrastrukturtrassen insbesondere Bundesautobahnen, Bundes- und Landesstraßen, Eisenbahnstrecken oder Stromfreileitungen des Übertragungsnetzes.

Eine absolute Konkretisierung des Abstandes zu diesen Trassen („entlang“) erfolgt nicht. Im Kontext des G166b LEP IV führt der Solarleitfaden an, dass insbesondere Erweiterungsgebiete für Freiflächen-Photovoltaikanlagen, der 200m-Korridor nach §35 Abs.1 Nr.8 b) und der 500m-Korridor nach §37 Abs.1 Nr.2c) EEG für potentielle regionalplanerische Ausweisungen in Betracht kommen. Der §35 Abs.1 Nr.8b) BauGB erfasst Flächen im 200m-Bereich längs von Autobahnen sowie Schienenwegen des übergeordneten Netzes im Sinne des §2b AEG mit mindestens 2 Hauptgleisen (gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn). Der §37 Abs.1 Nr.2c) EEG umfasst darüber hinaus Flächen längs von Autobahnen bis zu einer Entfernung von 500 Metern zu Bundesautobahnen und Schienenwegen. (gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn).

Letztendlich kann eine abschließende Wertung nur im jeweils konkret betrachteten Einzelfall vorgenommen werden.

Das Plangebiet liegt grundsätzlich an keiner der o.g. linienförmigen Infrastrukturtrassen. Im Süden grenzt das Plangebiet mit der K13 an eine Kreisstraße. Im Osten befindet sich das Plangebiet zwar mittelbar (mit einer Entfernung von mindestens 130m an einer Landesstraße, bei einer objektiven Betrachtung und Wertung aller Gesamtumstände (Topographische Kante, niedriger Ausbauzustand, Entfernung, nur anteilige Nachbarschaft) kann dies allerdings nicht als „entlang“ einer linienförmigen Infrastrukturtrasse nach dem gesetzgeberischen Willen entsprechen. Eine flächenschonende Errichtung entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen liegt somit gegenständlich nicht vor.

Weder die Antragsunterlagen noch die einschlägigen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der maßgeblichen Behörden und Träger öffentlicher Belange liefern Hinweise auf eine Vorbelastung der von der Planung beanspruchten Acker- und Grünlandflächen. Eine entsprechende Vorbelastung ist der Unteren Landesplanungsbehörde als Verfasserin des gegenständlichen raumordnerischen Entscheids ebenfalls nicht bekannt. Eine flächenschonende Errichtung „auf vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen“ kann somit bei einer wertenden Gesamtbetrachtung durch die gegenständliche Planung nicht angenommen werden.

Das Vorhaben soll in einem landwirtschaftlich benachteiligten Gebiet gemäß ELER-VO1305/2013 errichtet werden.

Gemäß den textlichen Ausführungen des G166 LEP IV soll als Kenngröße für vergleichsweise ertragsschwächere landwirtschaftliche Flächen die regionaltypische EMZ herangezogen werden. Die Begründung zum G166 LEP IV führt dazu weiter aus, dass die landesweit durchschnittliche EMZ bei ca. 35 liegt. Entsprechend kann landesweit davon ausgegangen werden, dass Flächen mit einer EMZ von kleiner als 35 tendenziell ertragsschwächer sind. Im Speziellen können auf Ebene der zuständigen kommunalen Verwaltungseinheiten die lokal typischen durchschnittlichen EMZ abweichen. In diesen Fällen sollen die lokal typischen EMZ der Abwägung zugrunde gelegt werden. Der Solarleitfaden führt weitergehend aus, dass ertragsstarke Flächen grundsätzlich eine Flächenbegrenzung darstellen können.

Die durchschnittliche Ertragsmesszahl (dEMZ) der Ortsgemeinde Dietrichingen liegt bei 44 und somit über dem landesweiten Durchschnitt. Die durchschnittliche Ertragsmesszahl (dEMZ) der Verbandsgemeinde liegt nach unserem Kenntnisstand bei 42.

Die Ackerzahlen im Plangebiet liegen zwischen 30 und 58. Dabei befindet sich die Bodengüte überwiegend im überdurchschnittlichen Bereich im Vergleich zu den dEMZ der OG und VG. Es kann somit grundsätzlich von einer überdurchschnittlichen Bodenwertigkeit im Plangebiet ausgegangen werden.

In diesem Kontext ist jedoch auch die geplante Ausführung als Agri-PV-Anlage gemäß der DIN SPEC 91434:2021-05 zu betrachten. Bei einer Anlage dieser Ausführung bleibt die landwirtschaftliche Nutzung überwiegend erhalten. Durch die Betrachtung der dEMZ bzw. der Ackerzahlen soll im raumordnungsrechtlichen Prüfprozess sichergestellt werden, dass Flächen mit guten oder sehr guten Bodenverhältnissen von der Nutzung durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen nicht Anspruch genommen werden. Bei Agri-PV-Anlagen gemäß DIN SPEC 91434:2021-05 greift eine solche Betrachtung aufgrund der Vorgaben und somit des Zweckes der DIN zu kurz. Bei entsprechender Ausführung bleibt die landwirtschaftliche Nutzbarkeit durch eine überwiegende Flächenmehrfachnutzung weitestgehend erhalten.

In Summe ist deshalb eine flächenschonende Errichtung „auf ertragsschwachen Acker- und Grünlandflächen“ gegenständlich nur sehr eingeschränkt als Beurteilungsgrundlage heranziehbar.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die Inhalte des Zielabweichungsbescheids der SGD Süd – Obere Landesplanungsbehörde vom 30.04.2025.

Separat hiervon ist die gemäß Antragsunterlagen geplante Errichtung einer Batteriespeicheranlage sowie flankierenden Nutzungen in Teilen des Plangebiets zu beurteilen. Eine entsprechende Fortführung der ordnungsgemäßen Landwirtschaft ist hierbei nicht möglich, weshalb die Ertragsmesszahlen im raumordnungsrechtlichen Kontext für diese Vorhaben wieder heranzuziehen sind. Den genauen Umfang der geplanten Batteriespeicheranlagen lassen die Antragsunterlagen offen. Eine abschließende Beurteilung ist hierzu derzeit deshalb nicht möglich. Auf die grundsätzliche Anwendbarkeit der durchschnittlichen Ertragsmesszahlen und sonstigen Belange wird allerdings an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen.

Für eine flächenschonende Errichtung „auf artenarmen Grünlandflächen“ liegen ebenfalls keine Anhaltspunkte vor.

Das Kriterium des vorbelasteten Bodens wird weder im Fließtext noch in der dazugehörigen Begründung des G166 des LEP IV näher konkretisiert. Auch der Solarleitfaden und die Vollzugshinweise liefern hierzu keine Erkenntnisse. Allerdings führen die sowohl der Solarleitfaden als auch die Vollzugshinweise als geeignete Standorte für die Errichtung von PV-Anlagen u.a. Deponien und Konversionsflächen an, weshalb eine Vorbelastung insbesondere auf die Versiegelung oder Vorbelastung des Bodens zurückzuführen ist. Anhaltspunkte für eine Vorbelastung des Bodens jeglicher Art (Altlasten, Versiegelung etc.) liegen nach Auswertung der Antragsunterlagen sowie der Auswertung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange nicht in maßgeblichem Umfang vor. Deshalb

kann gegenständlich nicht von einer flächenschonenden Errichtung der geplanten PV-Anlage „auf einem vorbelasteten Boden“ in diesem Sinne ausgegangen werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass grundsätzlich keine Begünstigungstatbestände im Sinne des G166 LEP IV vorliegen. Allerdings kann aufgrund der Ausführung als Agri-PV-Anlage eine flächenschonende Errichtung „auf ertragsschwachen Acker- und Grünlandflächen“ nur bedingt herangezogen werden. Dieses Begünstigungskriterium wird daher in gewissem Maße in der raumordnungsrechtlichen Beurteilung „geöffnet“. Eine Zulässigkeit verbleibt also weiterhin der wertenden Gesamtbetrachtung aller Belange. Von der „Öffnung“ der Begünstigungskriterien des G166 LEP IV sind feste Flächenbauwerke wie Batteriespeicheranlagen u.ä. ausgenommen. In den Abwägungsprozess sind bereits die jüngst in den Privilegierungstatbestand des §35 BauGB aufgenommenen Batteriespeicheranlagen berücksichtigt. Privilegierte Vorhaben des §35 Abs.1 BauGB dürfen allerdings öffentliche Belange nach §35 Abs.3 BauGB nicht entgegenstehen. Es handelt sich hierbei um keine abschließende Aufzählung (siehe Formulierung „insbesondere“) und einschlägige Rechtsprechung.

Z166a (LEP IV)

Die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist in den Kernzonen und den Rahmenbereichen der UNESCO-Welterbegebiete Oberes Mittelrheintal und Obergermanisch-Raetischer Limes ausgeschlossen.

Weder für das Plangebiet noch für dessen unmittelbare und mittelbare Umgebung ist eine entsprechende Betroffenheit festzustellen. Z166a steht dem Vorhaben somit nicht entgegen.

Z166b (LEP IV)

In den Regionalplänen sind zumindest Vorbehaltsgebiete für Freiflächen-Photovoltaikanlagen, insbesondere entlang linienförmiger Infrastrukturtrassen, auszuweisen.

Entsprechende Vorbehalts- oder Vorranggebiete sind derzeit im für den Landkreis Südwestpfalz maßgeblichen regionalen Raumordnungsplan der Planungsgemeinschaft Westpfalz noch nicht vorhanden. Wenngleich die Planung des Trägers der Regionalplanung derzeit gemäß dem Planungsauftrag des Z166b vorangetrieben wird, sind dessen zukünftige Regelungsinhalte zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht als sich in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung gemäß §3 Abs.1 Nr.4a ROG nach §4 Abs.1 S.1 ROG zu im

gegenständlichen raumordnerischen Abwägungsprozess zu berücksichtigen. Z166b steht dem Vorhaben somit nicht entgegen.

G166c (LEP IV)

Durch ein regionales und landesweites Monitoring soll die Überplanung und Nutzung von Ackerflächen für den Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen beobachtet werden.

Gemäß der Begründung des LEP IV ist durch die Inhalte des G166c im Rahmen der Regional- und Bauleitplanung zu berücksichtigen, dass der Landwirtschaft durch eine Begrenzung der Nutzung von Ackerflächen ihre Grundlage erhalten bleibt. Bei der Planung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen daher im Rahmen der Abwägung landwirtschaftliche Belange angemessen berücksichtigt werden. Landesweit soll die Nutzung von Ackerflächen für den Bau von weiteren Freiflächen-Photovoltaikanlagen (Stichtag: 31.Dezember 2020) auf 2% begrenzt werden, wobei in einzelnen Kommunen auch mehr als 2 Prozent in Anspruch genommen werden können, solange dies mit den Belangen der örtlichen Landwirtschaft vereinbar ist. Der Solarleitfaden stellt in diesem Zusammenhang nochmals klar, dass die Bezugsgröße für die 2%-Begrenzung die vom Statistischen Landesamt ermittelte Ackerfläche des Landes und nicht die gesamte Landesfläche ist. Weiterhin sind die Belange der örtlichen Landwirtschaft gewahrt, wenn bei Überschreitung der 2 Prozent keine Vorranggebiete Landwirtschaft oder insgesamt nicht mehr als 5 Prozent der örtlichen Ackerfläche in Anspruch genommen werden.

Aufgrund der geplanten Errichtung einer Agri-PV-Anlage kann auch dieser Punkt nur bedingt in die raumordnungsrechtliche Bewertung einfließen, da die landwirtschaftliche Fläche nur in untergeordnetem Maße „in Anspruch“ genommen wird. Durch die Vorgaben der DIN SPEC 91434:2021-05 wird eine doppelte Flächennutzung gewährleistet. Damit bleiben die Belange der örtlichen Landwirtschaft, anders als bei einer reinen Photovoltaik-Freiflächenanlage, grundsätzlich gewahrt.

Im **regionalen Raumordnungsplan** der Planungsgemeinschaft Westpfalz liegt das Vorhaben innerhalb

- eines Vorranggebiet Landwirtschaft (Z28),
- eines Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus (G25),
- eines Vorbehaltsgebiet für die Sicherung des Grundwassers (G37),
- eines Vorbehaltsgebiets für den regionalen Biotopverbund (G16) und
- sonstigen Freiflächen.

Weiterhin grenzt das Gebiet unmittelbar an

- ein Vorranggebiet für den regionalen Biotopverbund (Z15),
- ein Vorranggebiet Forstwirtschaft (Z30),
- den landesweiten Biotopverbund,
- ein Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz (G39) sowie
- sonstige Waldflächen an.

Z15 (ROP IV) [angrenzend]

Innerhalb der Vorranggebiete für den regionalen Biotopverbund sind nur Vorhaben und Maßnahmen zulässig, die mit der Vorrangfunktion auf Dauer vereinbar sind und der Sicherung und Entwicklung des kohärenten Biotopverbundes dienen.

Durch die raumordnerische Sicherung der Flächen für das Biotopverbundsystem werden hierauf abgestimmte Weiterentwicklungen rechtmäßiger und ordnungsgemäß ausgeübter Nutzungen der Land- und Forstwirtschaft nicht berührt.

Das Vorhaben grenzt nordöstlich unmittelbar an ein Vorranggebiet regionaler Biotopverbund an, welches sich naturschutzfachlich durch das FFH-Gebiet „Zweibrücker-Land“ (Objektkennung: FFH-7000-10) konkretisiert. Grundsätzlich ist eine Verträglichkeit der geplanten Nutzung mit dem bestehenden Vorranggebiet im Rahmen der nachgelagerten Bauleitplanverfahren im Rahmen einer Verträglichkeit(vor)prüfung zu untersuchen. Untersuchungsumfang und Detaillierungsgrad sind mit der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde der Kreisverwaltung Südwestpfalz zu erörtern. Fachliche Bedenken im Sinne von entgegenstehenden Zielen der Raumordnung können deshalb derzeit noch nicht abschließend zurückgestellt werden.

Landesweiter Biotopverbund [angrenzend]

Der landesweite Biotopverbund dient der Entwicklung eines länderübergreifenden Netzes verbundener Biotope zum Schutz der Biodiversität. Dessen Kernflächen umfassen insbesondere die Flächen des kohärenten Netzes Natura 2000, die Kernzonen des Biosphärenreservates Pfälzerwald und die Naturschutzgebiete.

Gegenständlich betrifft dies im Bereich der Natura 2000-Gebiete das Vogelschutzgebiet „Hornbach und Seitentäler (VSG–7000–043) und das FFH-Gebiet „Zweibrücker-Land“ (FFH–7000–110). Gemäß §33 Abs.1 BNatSchG sind innerhalb der Flächen des Schutzsystems Natura 2000 alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Schutzzwecks bzw. des Erhaltungsziels führen können unzulässig. Die Notwendigkeit über sowie die Anforderungen an eine entsprechende Verträglichkeitsprüfung gilt es in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren mit der Unteren Naturschutzbehörde der Kreisverwaltung Südwestpfalz zu klären.

Weiterhin betrifft dies im Bereich der Naturschutzgebiete des Naturschutzgebiets „Monbijou“ (NSG-7300-021). Seitens der Unteren Naturschutzbehörde der Kreisverwaltung Südwestpfalz wurde mitgeteilt, dass zur Verhinderung von betriebs- und anlagenbedingten Störungen auf die im Naturschutzgebiet vorkommende Lebensgemeinschaft ein angemessener Abstand zu belassen ist. Es wird zudem ausdrücklich auf den „Leitfaden für naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Solarparks“ (Hietel, E., Reichling, T. und Lenz, C. 2021) verwiesen, welcher im weiteren Verfahren zu beachten ist. Umfang und Detaillierungsgrad sind in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren mit der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde der Kreisverwaltung Südwestpfalz abzustimmen.

Der landesweite Biotopverbund konkretisiert sich durch Fachrecht und stellt deshalb weder einen Grundsatz noch ein Ziel der Raumordnung da. Er ist somit nicht der raumordnerischen Abwägung oder Zielabweichung zugänglich und somit unmittelbar geltendes Recht.

G16 (ROP IV)

Innerhalb der Vorbehaltsgebiete für den regionalen Biotopverbund sollten Maßnahmen zur Aufwertung und Neuentwicklung potentiell geeigneter Flächen, welche künftig Funktionen im Biotopverbund übernehmen sollen, verwirklicht werden. Dies gilt insbesondere für sich aus der Bauleitplanung und Einzelprojekten ergebende kompensatorische Forderungen im Sinne der Eingriffs-/ Ausgleichsregelung – soweit nicht anderweitig sinnvoller umzusetzen. Ordnungsgemäß ausgeübte Nutzungen der Land- und Forstwirtschaft bleiben – sofern nicht anders miteinander vereinbart/abgestimmt – hiervon unberührt.

Das im RROP dargestellte Vorbehaltsgebiet für den regionalen Biotopverbund überlagert sich großflächig auf einer Teilfläche von ca. 30 ha im nördlichen Teilbereich der Planung mit dieser. Es steht zudem durch den räumlichen Aufbau im Zusammenhang mit den benachbarten Vorranggebieten für den regionalen Biotopverbund und den Bereichen des landesweiten

Biotopverbunds. Die Ausweisung einer Agri-PV-Nutzung innerhalb eines Vorbehaltsgebiets für den regionalen Biotopverbund steht grundsätzlich im Widerspruch zu dessen spezifischer Zweckbestimmung. Deshalb äußert die Untere Naturschutzbehörde grundsätzliche Bedenken gegen das Vorhaben im betreffend überlagernden nördlichen Teil der Planung. Allerdings ist eine potentielle Aufrechterhaltung der Funktion des regionalen Biotopverbundes durch die spezifische Planung und Ausführung der geplanten Agri-PV-Anlage nicht ausgeschlossen, wenngleich diese an einige Maßgaben gebunden ist. Weiterhin ist der raumordnungsrechtliche Abwägungsprozess in den Kontext des §2 EEG zu stellen, wonach den Belangen der erneuerbaren Energien – wie hier vorliegend- bei Schutzgüterabwägungen ein besonderes Gewicht zukommen soll.

Das Plangebiet ist gekennzeichnet durch einen Agrarraum mit einer vergleichsweise extensiven ackerbaulichen Nutzung, sodass Teilbereiche des Areals durch eine artenreiche Segetalvegetation geprägt sind. Diverse Tierarten nutzen das Gebiet und dessen Randflächen als (Teil-) Lebensraum, insbesondere die Feldlerche (*Alauda arvensis*) als Vogelart der freien Feldflur. Insgesamt elf Brutpaare dieser besonders geschützten Vogelart wurden innerhalb des Plangebiets festgestellt, davon sieben im Bereich des gegenständlichen Vorbehaltsgebiets.

Zum Ausgleich der o.g. Lebensstätte werden vorgezogene Artenschutzmaßnahmen erforderlich. Hierfür sind u.a. Ausgleichsflächen außerhalb des Plangebiets erforderlich. Um den externen Flächenbedarf zu reduzieren, ist u.a. auch angesichts der Plangebietsgröße, ein Teilausgleich innerhalb der nördlichen Plangebietsfläche durch flächige zusammenhängende Aussparungen von PV-Modulen erforderlich. Diese sind als flächige Grüninseln anzulegen, modulfrei zu belassen und extensiv zu bewirtschaften. Diese Maßnahme dient auch dem regionalen Biotopverbund. Weiterhin kann bei entsprechender Planung hierbei die visuelle Dominanz der PVFA unterbrochen und somit die mit dem Vorhaben verbundene Landschaftsbildbeeinträchtigung spürbar gemindert werden. Zur Umsetzung des naturschutzrechtlichen Vermeidungs- und Kompensationsgebots ist der „Leitfaden für naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Solarparks“ (Hietel, E., Reichling, T. und Lenz, C., 2021) in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren zu beachten.

Bei Einhaltung der o.g. Maßgaben kann eine raumordnungsrechtliche Verträglichkeit des Vorhabens mit dem Vorbehaltsgebiet Regionaler Biotopverbund, bei einer wertenden Gesamtbetrachtung und Abwägung aller relevanten Belange, festgestellt werden.

G25 (ROP IV)

Die Erholungs- und Erlebnisräume sowie die landesweit bedeutsamen Bereiche für Erholung und Tourismus bilden gemeinsam eine Grundlage für die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten der regional bedeutsamen Gebiete für Erholung und Tourismus.

Zur Sicherung großräumiger Gebiete für die Erholung – insbesondere für die landschaftsgebundene stille Erholung – werden Vorbehaltsgebiete für Erholung und Tourismus ausgewiesen.

Innerhalb der Vorbehaltsgebiete Erholung und Tourismus ist bei allen raumbeanspruchenden Maßnahmen darauf zu achten, dass die landschaftsgebundene Eignung dieser Räume für Freizeit und Erholung erhalten bleibt.

Die Landschaft soll so erhalten und gestaltet werden, dass ihre nachhaltige Leistungsfähigkeit und ihr Wert für das körperliche und seelische Wohl der Bevölkerung gesichert und möglichst verbessert wird.

Zur Konkretisierung dieser Anforderungen an die Vorbehaltsgebiete Erholung und Tourismus an die Vorbehaltsgebiete Erholung und Tourismus werden im Anhang 3 der RROP umfangreiche fachliche Zielvorstellungen und Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung von Infrastruktur und Landschaftsbild angeführt.

Das Vorhaben kann dort dem regional bedeutsamen Erholungs- und Erlebnisraum Hornbach- und Schwalbtal südlich Zweibrücken zugeordnet werden. Dieser Bereich stellt einen Vernetzungskorridor zwischen den Stadtgebieten von Zweibrücken und Hornbach und weiter bis nach Frankreich dar. Der Hornbach verläuft in einem weitgehend offenen grünlandgeprägten Talraum und besitzt noch einen naturnahen, landschaftsbildprägenden Charakter. Als Zielvorstellung formuliert der RROP insbesondere den Erhalt sowie den Ausbau durchgehender Rad- und Wanderwegeverbindungen innerhalb der Talzüge sowie die Offenhaltung der Talsohlen. Das Vorhaben liegt nicht unmittelbar im Landschaftsraum und tangiert diesen durch die optische Wirkung in den Landschaftsraum hinein. Unmittelbare Zielvorstellungen gemäß RROP werden durch die Planung nicht tangiert. Zudem sollen gemäß §2 EEG zum derzeitigen Zeitpunkt die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Demnach kann bei einer wertenden Gesamtbetrachtung das gegenständliche Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus dem konkreten Vorhaben nicht entgegengehalten werden. Eine naturschutzrechtliche Vereinbarkeit des Vorhabens, insbesondere vor dem Hintergrund des Schutzes des Landschaftsbildes, ist in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren mit der zuständigen Naturschutzbehörde zu erörtern. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch

auf unsere Ausführungen und Maßgaben zum Vorbehaltsgebiet für den regionalen Biotopverbund (RROP, G16).

Z30 (ROP IV) [angrenzend]

Innerhalb der Vorranggebiete für die Forstwirtschaft dürfen die den Vorrang begründenden Funktionen nicht beeinträchtigt werden.

Die besondere Bedeutung des Waldes ist in seiner Multifunktionalität begründet. Die Fläche grenzt im Norden und Osten unmittelbar an Privatwaldflächen an. Die Fläche im Norden ist im regionalen Raumordnungsplan der Planungsgemeinschaft Westpfalz als Vorranggebiet für die Forstwirtschaft dargestellt. Es handelt sich laut zuständiger Forstbehörde um einen Eichen-Hainbuchen-Bestand mit vorgelagertem Strauchgürtel. Die zu erwartende Baumhöhe liegt bei ca. 30m. Durch den Bau der PV-Anlage ist die Zugänglichkeit zum Wald aus dieser Seite nicht mehr gegeben. Insofern muss zur Vermeidung von Beeinträchtigungen für die Forstwirtschaft, für die Gewährleistung der Waldbrandbekämpfung vom Ackerland aus und zur Vermeidung von Schäden infolge von Baumfall, Astabbrüchen etc. ein Sicherheitsabstand von 30m unabdingbar eingehalten werden. Dies ist entsprechend auch in den Vollzugshinweisen verankert. In den nachgelagerten Bauleitplanverfahren ist dies durch die Festsetzung von entsprechenden Baugrenzen (betrifft auch etwaige Nebenanlagen) umzusetzen.

Andernfalls stehen dem Vorhaben Ziele der Raumordnung entgegen.

Der Abschluss einer Haftungsverzichtserklärung mit den betroffenen Waldbesitzenden zur Freistellung von Haftungsschäden wird empfohlen.

Wald (G, §2 Abs.2 ROG) [angrenzend]

Gemäß §2 Abs.2 Nr.5 ROG sind die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Forstwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten kann, die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen zu schützen sowie Natur und Landschaft zu pflegen und zu gestalten.

In der Sache verweisen wir grundsätzlich auf die obenstehenden Ausführungen zum Vorranggebiet Forstwirtschaft (Z30, ROP).

Die Waldfläche, welche unmittelbar östlich an das Plangebiet angrenzt, klassifiziert sich nicht als Vorranggebiet Forstwirtschaft und somit als Ziel der Raumordnung. Somit ist eine

Beurteilung dieser Fläche inhaltlich nicht als Ziel, sondern als Grundsatz der Raumordnung einzustufen. Im Ergebnis sind im Zuge der raumordnungsrechtlichen Abwägung jedoch auch hier die erforderlichen Abstandsflächen einzuhalten. In diesem Zusammenhang wird auf die diesbezüglichen Ausführungen der Vollzugshinweise verwiesen. Gemäß der zuständigen Forstbehörde handelt es sich dort um einen Eichen-Buchen-Hainbuchen-Bestand. Die zu erwartende maximale Baumhöhe liegt auch hier bei ca. 30m. Auch hier muss zur Vermeidung von Beeinträchtigungen für die Forstwirtschaft, für die Gewährleistung der Waldbrandbekämpfung vom Ackerland aus und zur Vermeidung von Schäden infolge von Baumfall, Astabbrüchen etc. ein Sicherheitsabstand von 30 m (beginnend ab Waldrand) eingehalten werden. In den nachgelagerten Bauleitplanverfahren ist dies durch die Festsetzung von entsprechenden Baugrenzen (betrifft auch etwaige Nebenanlagen) umzusetzen.

Im Kontext der obenstehenden Ausführungen zu §2 Abs.2 Nr.4 und 5 ROG ist zudem die Erhaltung bestehender Wegestrukturen von forstwirtschaftlichen Wirtschaftswegen sicherzustellen. Eine entsprechende Freigabe durch die zuständige Forstbehörde hat in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren zu erfolgen.

Der Abschluss einer Haftungsverzichtserklärung mit den betroffenen Waldbesitzenden zur Freistellung von Haftungsschäden wird empfohlen.

G37 (ROP IV)

Innerhalb der Vorbehaltsgebiete für die Sicherung des Grundwassers ist bei allen Nutzungen darauf zu achten, dass hiervon keine erheblichen Beeinträchtigungen auf die Grundwasserqualität und die Grundwasserneubildung ausgehen. Bei künftigen Wasserentnahmen ist auf die land- und forstwirtschaftliche Nutzung sowie auf die vorhandene grundwasserabhängige Vegetation – vor allem auf Feuchtgebiete – Rücksicht zu nehmen.

Das im Plangebiet anfallende Oberflächenwasser ist gemäß den Ausführungen der SGD Süd – Obere Wasserbehörde breitflächig über die belebte Bodenzone zur Versickerung zu bringen. Für die Gestaltung von Stellplätzen und Zufahrten ist eine wasserdurchlässige Bauweise zu planen. Bei der Versickerung ist dafür Sorge zu tragen, dass Dritte nicht geschädigt werden.

Um einen Oberflächenabfluss und der Bildung von Erosionsrinnen, insbesondere bei stärkeren Niederschlagsereignissen, entgegenzuwirken, als auch die flächige Versickerung zu verbessern, ist deshalb ggf. eine flache muldenartige Geländemodellierung unterhalb der Abtropfbereiche der Modultische bzw. an den Geländetiefpunkten vorzusehen.

Die Versickerung hat am Ort des Anfalls und ohne Schädigung Dritter breitflächig über die belebte Bodenzone stattzufinden. Es ist grundsätzlich darauf zu achten, dass das für die Versickerung vorgesehene Gelände nicht verdichtet wird (z.B. durch Befahrung) bzw. im Anschluss an die Inanspruchnahme der Versickerungsfläche eine Untergrundauflockerung vorgenommen wird. Dies ist im gegenständlichen Fall aufgrund der geplanten Agri-PV-Nutzung und damit verbundenen landwirtschaftlichen Nutzung voraussichtlich nicht möglich. Aufgrund der vorgesehenen Modulreihenabstände sollte die Nutzung generell hinsichtlich der Versickerungsfähigkeit gegeben sein. In den nachgelagerten Bauleitplanverfahren ist die Thematik jedoch abschließend anhand der konkreten Vorhabenplanung mit der SGD Süd – Obere Wasserbehörde zu erörtern. Eine entsprechende Freigabe von Behördenseite zum Vorhaben ist aus wasserrechtlicher zu erteilen.

G39 (ROP IV) [angrenzend]

Die landesweit bedeutsamen Bereiche für den Hochwasserschutz sind durch die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten in den regionalen Raumordnungsplänen zu konkretisieren und zu sichern.

Innerhalb der Vorbehaltsgebiete für den Hochwasserschutz orientieren sich Vorhaben und Maßnahmen an den Erfordernissen zur Sicherung der natürlichen Retentionsräume oder deren Verbesserung.

Neben der Grundwassersicherung und Wasserversorgung ist insbesondere die Abwehr von Hochwassergefahren von allgemeiner Bedeutung. Gemäß der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie, werden Gebiete, die aufgrund bestehender Naturgefahren nicht oder nur bedingt für bestimmte Nutzungen geeignet sind, in Hochwassergefahrenkarten dargestellt. Aufgabe der Raumordnung ist es, auf Basis der wasserfachlichen Gebietskulisse die Talräume von Nutzungen, die sich negativ auf die Retentionseigenschaften bzw. beschleunigend auf den Wasserabfluss auswirken, freizuhalten und alle noch vorhandenen natürlichen Retentionsräume zu sichern. Hierzu werden die überschwemmungsgefährdeten Bereiche als Vorbehaltsgebiete für den Hochwasserschutz im regionalen Raumordnungsplan ausgewiesen.

Das Vorhaben grenzt in Hanglage (betrifft: höherliegendes Gelände) lediglich an den betroffenen Talraum an. Aus raumordnungsrechtlicher Sicht bestehen deshalb hierzu keine grundsätzlichen Bedenken. Die sonstigen wasserrechtlichen Belange (z.B. Starkregengefährdung etc.) innerhalb des Gebietes gilt es im Rahmen der planerischen

Abschichtung in den nachfolgenden Bauleitplanverfahren, unter erneuter Beteiligung der zuständigen Wasserfachbehörden, zu erörtern.

Boden (G, §2 Abs.2 ROG)

Gemäß §2 Abs.2 Nr.5 ROG sind die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Landwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten kann, die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen zu schützen.

Gemäß der SGD Süd- Obere Bodenschutzbehörde wird ein Standort der dritten Kategorie (Acker- und Gründlandflächen) vorgeschlagen. Solche Flächen sollten im Sinne des Bodenschutzes nur auf Böden mit geringem bis mittleren Erfüllungsgrad der Bodenfunktionen in Anspruch genommen werden.

Gemäß §2 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) erfüllt der Boden

- natürliche Funktionen (z.B. Lebensgrundlage für Mensch und Tier)
- Funktionen als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte &
- Nutzungsfunktionen (Rohstofflagerstätte, Erholungsfunktion, Land- und Forstwirtschaftsfunktion).

Gemäß den Veröffentlichungen des Landesamtes für Geologie und Bergbau (LGB) sei dies erfüllt. Von daher ist laut SGD Süd der gewählte Standort mit den Anforderungen des vorsorgenden Bodenschutzes grundsätzlich vereinbar.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei aufgrund der vergleichsweise hochwertigen Bodenfunktion für die landwirtschaftliche Nutzung (vgl. entsprechende Ausführungen zu G166 LEP IV). Zur Vermeidung langfristiger oder irreversibler Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen, ist eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ erforderlich. Dies ist durch entsprechende Festlegungen in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren sicherzustellen. Diese Art des baubegleitenden Bodenschutzes soll durch das aufzustellende Bodenschutzkonzept und die bodenkundliche Baubegleitung in den Phasen der Planung, Ausschreibung und Ausführung dem Schutz des Bodens dienen.

Weiterhin wird grundsätzlich auf die Inhalte der LABO-Arbeitshilfe „Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ verwiesen. Mit Rundschreiben des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität („Vollzugshinweise“) haben die in der Arbeitshilfe beschriebenen

bodenschutzfachlichen und -rechtlichen Anforderungen im Hinblick auf Planung und Genehmigung auch an Verbindlichkeit gewonnen. Diese sind in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen.

Eine flächenhafte Versiegelung der Plangebietsfläche durch bauliche Anlagen wie z.B. etwaige Batteriespeicheranlagen ist unzulässig. (vgl. Ausführungen zu G166 LEP IV, vgl. Ausführungen zu G37 ROP). Untergeordnete für den Betrieb der Anlage unabdingbare bauliche Nebenanlagen können, je nach Einzelfall, zugelassen werden. Aufgrund der diesbezüglich offenen Vorhabenbeschreibung ist im Rahmen des gegenständlichen Raumordnungsverfahrens keine abschließende Beurteilung möglich. Eigenständige Batteriespeicheranlagen o.ä. Einrichtungen, welche der Agri-PV lediglich „dienlich“ sind, sind pauschal unzulässig.

Aus den o.g. Gründen (insb. Bodenschutz, hohe Bodengüte) ist die Sicherstellung eines geordneten Rückbaus der Anlage nach ihrer endgültigen Aufgabe durch entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan i.V.m. einer entsprechend hinterlegten Sicherheitsleistung zu gewährleisten.

Z28 (ROP IV)

Innerhalb der Vorranggebiete für die Landwirtschaft hat die der Erfüllung der Funktionen der Landbewirtschaftung Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen.

Durch das Vorhaben sind Ziele der Raumordnung betroffen und stehen dem Vorhaben aus raumordnungsrechtlicher Sicht grundsätzlich in den betroffenen Teilbereichen entgegen. Im Ergebnis wird hierzu vollumfassend auf den Zielabweichungsbescheid der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd – Obere Landesplanungsbehörde vom 30.04.2025 (AZ: „14-437-362:41“) verwiesen. Demnach kann unter Maßgaben vom betroffenen Vorranggebiet Landwirtschaft abgewichen werden.

Landwirtschaft (G, §2 Abs.2 ROG)

Gemäß §2 Abs.2 Nr.5 ROG sind die räumlichen Voraussetzungen für die Land in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen. Gemäß §2 Abs.2 Nr.5 ROG sind zudem die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Landwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten kann, die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen

Räumen zu pflegen und zu gestalten. Diesen raumordnerischen Grundsatz greifen die aktualisierten Vollzugshinweise auf. Gemäß den Vollzugshinweisen soll der Bau von PV-Freiflächenanlagen auf Acker- und Grünlandflächen im Radius von 400 m um die Betriebsstätten tierhaltender Betriebe und im Radius von 200 m um die Betriebsstätten nicht tierhaltender Betriebe nicht gestattet werden, sofern die Betriebsinhaber dem Bau der PV-Freiflächenanlagen nicht zustimmen.

Das Vorhaben ist in den o.g. Relevanzbereichen von insgesamt 4 Aussiedlerhöfen umgeben. Östlich des Vorhabens grenzt der Kirschbacherhof in einer Entfernung von ca. 340 m an das Plangebiet an. Nördlich des Vorhabens grenzt der Heckenaschbacherhof in einer Entfernung von ca. 330 m an das Plangebiet an. Westlich des Vorhabens grenzt der Sandwaldhof in einer Entfernung von ca. 170 m und der Klosterwaldhof in einer Entfernung von ca. 370 m an das Plangebiet an.

Aufgrund der gemäß den Antragsunterlagen geplanten Flächendoppelbelegung von Landwirtschaft und geplanter PV-Nutzung (Agri-PV-Anlage gemäß der DIN SPEC 91434) kann gegenständlich auf eine Einhaltung der in den Vollzugshinweisen genannten Mindestabstände zu den o.g. landwirtschaftlichen Betriebsstellen verzichtet werden.

Zur Wahrung landwirtschaftlicher Belange wird deshalb die Einhaltung der DIN SPEC 91434 verpflichtend für die Vorhabenzulassung.

Eine Inanspruchnahme von Boden für flankierende bauliche Anlagen wie Batteriespeicheranlagen ist im Plangebiet in diesem Zusammenhang unzulässig. Dies begründet sich u.a. auch aus der überdurchschnittlichen Bodenwertigkeit (vgl. G166 LEP IV und den naturschutzfachlichen Anforderungen (G16 ROP).

Im Kontext der obenstehenden Ausführungen zu §2 Abs.2 Nr.4 und 5 ROG ist zudem die Erhaltung bestehender Wegestrukturen von landwirtschaftlichen Wirtschaftswegen sicherzustellen. Eine entsprechende Freigabe durch die Landwirtschaftskammer hat in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren zu erfolgen.

Fazit:

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass das Vorhaben unter Berücksichtigung der o.g. Maßgaben und Hinweise mit den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung in Einklang steht.

F. Prüfung einer Zielabweichung

Mit der vorliegenden Planung sei eine kombinierte Nutzung der Fläche für die landwirtschaftliche Produktion als Hauptnutzung und für die Stromerzeugung mittels einer PV-Anlage als Sekundärnutzung gemäß den Vorgaben der DIN-SPEC 91434:2021-05 vorgesehen.

Nach dem ROP IV Westpfalz, der seit dem 06.08.2012 verbindlich ist, tangiert das Vorhaben ein Vorranggebiet Landwirtschaft. Vorranggebiete sind als regionalplanerische Ziele zu beachten. In Vorranggebieten für die Landwirtschaft hat die der Erfüllung der Funktionen der landwirtschaftlichen Produktion dienende Landbewirtschaftung Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen.

Es war daher durch die Obere Landesplanungsbehörde zu prüfen, ob gemäß §6(2) ROG i.V.m. §10(6) LPIG von dem o.g. Ziel abgewichen werden kann.

Mit Bescheid vom 30.04.2025 (AZ: „14-437-362:41“) kam die Obere Landesplanungsbehörde zu dem Ergebnis, die Abweichung von dem raumordnerischen Ziel „Vorranggebiet Landwirtschaft“ für die Ausweisung einer Sonderbaufläche für Agri-Photovoltaik in der Ortsgemeinde Dietrichingen unter folgenden Maßgaben zuzulassen:

Die Agri-PV-Anlage ist gemäß den Vorgaben der DIN SPEC 91434 zu errichten.

Im Rahmen des nachfolgenden Genehmigungsverfahrens ist die dauerhafte Einhaltung der Vorgaben der DIN SPEC 91434 festzulegen.

G. Abschließende Bemerkungen

Ziel des Raumordnungsverfahrens war es, festzustellen, ob die geplante Errichtung einer Agri-Freiflächen-Photovoltaikanlage in Dietrichingen mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung übereinstimmt und wie die Planung mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen abgestimmt werden kann. Das Verfahren beurteilt somit vor dem eigentlichen Genehmigungsverfahren die grundsätzliche Zulässigkeit des Vorhabens unter raumordnerischen und landesplanerischen Aspekten.

Im Unterschied zum nachfolgenden Genehmigungsverfahren können beim Raumordnungsverfahren daher ausschließlich die für die raumordnerische Zulässigkeit des Vorhabens erheblichen öffentlichen Belange Berücksichtigung finden. Rein privatrechtliche Belange sowie evtl. Enteignungs- und Anpassungsmaßnahmen sind nicht Gegenstand des Verfahrens. Diese sind den nachfolgenden Genehmigungsverfahren vorbehalten. Dadurch ergibt sich im Raumordnungsverfahren eine großräumigere Betrachtungsweise als im eigentlichen Genehmigungsverfahren.

Die raumordnerische Beurteilung als Ergebnis der Prüfung entfaltet gegenüber den Trägern des Vorhabens und gegenüber Einzelnen keine unmittelbare Rechtswirkung und ersetzt nicht die zur Verwirklichung des Vorhabens nach anderen Rechtsvorschriften erforderlichen Genehmigungen, Erlaubnisse und sonstigen behördlichen Entscheidungen. Die raumordnerische Beurteilung ist jedoch bei diesen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Ist innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren kein Genehmigungsverfahren auf der Grundlage dieses Entscheids eingeleitet worden, entscheidet die zuständige Landesplanungsbehörde, ob ein neues Raumordnungsverfahren durchzuführen ist.

Durch die Mitteilung des Ergebnisses des Raumordnungsverfahrens wird das Verfahren abgeschlossen. Die Verfahrensbeteiligten erhalten einen Abdruck dieses Entscheides.

Für die Durchführung des Verfahrens werden Gebühren nach dem Landesgebührengesetz vom 03.12.1974 (GVBl. S.578), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S.473) in Verbindung mit der Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen nach dem Landesplanungsgesetz (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 16.04.2005 (GVBl. S.138) erhoben. In diesem Zusammenhang wird auf §4 der neuen Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen nach dem Landesplanungsgesetz (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 18. Februar 2025 verwiesen, wonach Gebühren für bereits laufende Raumverträglichkeitsprüfungen nach dem bisher geltenden Recht erhoben werden. Hierüber ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

Raumordnerischer Entscheid
„PVA Dietrichingen II (Agri-PV)“ vom 11.03.2026

Kreisverwaltung Südwestpfalz
Abteilung VI – Bauen und Umwelt
Referat 62 – Raumplanung, Kreisentwicklung, Breitband
-Untere Landesplanungsbehörde-

Pirmasens, den 11.03.2026

Im Auftrag



(Welle)